

3. ETAPPE:

AUF DEM WEG AUS DER KULTUR-RÄUMLICHEN DENKFALLE

Einleitung

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Spätestens seit 1989 präsentiert sie sich in einer bisweilen anarchisch anmutenden Unübersichtlichkeit und zwingt »die internationale Gemeinschaft zu einer Ausschau nach neuen Haltepunkten und Koordinaten« (Gasteyger 1999: 2). Aber diese Ausschau erweist sich als schwierig. Nicht nur der und die Einzelne, sondern auch die Staatengemeinschaft selbst zeigt sich »überfordert angesichts der Vielzahl sich überlappender oder widersprechender Ordnungsangebote« (ebd.). Zu groß ist das heterodoxe »Gemisch von sich häufenden Akteuren – staatlichen und überregionalen, privaten und transnationalen, innerstaatlichen und globalen« (ebd.); zu groß ist die Vielfalt an – teilweise paradoxen – politischen Entwicklungen und Erscheinungen, die hier mit Schlagworten wie »Regionalisierung«, »Fragmentierung«, »neue politische Akteure« und »Globalisierung« sowie, *last but not least*, dem »Ende des Nationalstaats« nur kurz angedeutet sei. Nur wenige Ordnungsparameter können ausgemacht werden: Die Koordinaten Kommunismus vs. Kapitalismus wurden abgelöst, was nicht nur das Ende der alten, rigiden Feindbilder mit sich brachte, sondern auch »zur Segmentierung von Macht und zur Entlassung von Konflikten aus großen, disziplinierten Fesselungen führte« (Weidenfeld 1999: 2). Waren Feindbilder und Fesselungen noch bis vor kurzem ideologischer Art, so präsentieren sich die aus ihnen entlassenen Konflikte heute hauptsächlich als kulturell bedingt. So bedarf

es keines Samuel Huntington, der »Kämpfe zwischen den Kulturen als größte Gefahr für den Weltfrieden« (Huntington 1997: 531) betrachtet und eine auf Kulturen basierende internationale Ordnung für den sichersten Schutz vor einem Weltkrieg hält, um die aktuelle Brisanz kultureller Konflikte erkennen zu können. Die Entwicklungen in Indonesien oder in Sierra Leone, im Kaukasus oder – wie das folgende Zitat deutlich macht – auf dem Balkan sprechen für sich:

»Es handelt sich hier [bei den Bündnismodellen und -projekten auf dem Balkan, JL] um eine Vernetzung von ethnisch-religiösen Konflikten und geopolitischen Interessen, die in der Lage sind, den Balkan erneut in das ›Pulverfaß Europas‹ zu verwandeln. Bei den griechischen und türkischen ›Projekten‹, von denen sich die Regierungen in Athen und Ankara allerdings offiziell distanzieren, ist deutlich der jahrhundertealte Streit zwischen Staaten und Kulturen zu erkennen. Die Wiederkehr der Geopolitik auf dem Balkan ist eine Tatsache« (Brill 1998: 113).

»Wir« erleben also nichts anderes als eine neue Bedeutung räumlicher Konflikte – oder eben: die Renaissance der Geopolitik. Beispielsweise kommt diese Entwicklung in den Worten des ehemaligen russischen Außenministers Andrej Kosyrew zum Ausdruck, demzufolge »die Geopolitik (...) an die Stelle der Ideologie tritt« (Kosyrew zit. in Brzezinski 1997: 145). Und tatsächlich kann man sich keine bessere Charakterisierung einer Welt denken, in der »Ost und West« durch einen immer komplexer werdenden kultur-räumlichen Flickenteppich abgelöst wurden, der sich »großen« ideologischen Ordnungskoordinaten weitgehend entzieht.

Vor diesem Hintergrund ist es vordringliche Aufgabe der Politik, Orientierung zu geben und Sicherheit zu vermitteln. Dabei liegt es auf der Hand, daß die neuen globalen Herausforderungen – erwähnt seien hier nur die (oft aus ethnischen Konflikten resultierenden) Migrationsströme, die gewaltigen Umweltschäden, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder auch die Bevölkerungsexplosion – nicht mehr gemäß den alten, auf staatlichem Machtgewinn beruhenden Denkformen bewältigt werden können, »in denen ein Fürst Clemens Metternich und seine Epigonen kalkuliert haben« (Weidenfeld 1999: 1). Nur noch im wohlabgestimmten Konzert der internationalen Staatengemeinschaft und unter Einbeziehung der neuen Akteure kann es

gelingen, die weitgehend konturlos gewordene Welt mit einem Mindestmaß an Ordnung zu versehen. Auch die Wissenschaften sind gefragt – muß es doch das Ziel aller Beteiligten sein, das »verwirrende Mit- und Gegeneinander auf Kiel und in Schranken zu halten« (Gasteyger 1999: 5). So sollte der Beitrag etwa der Politikwissenschaft darin bestehen, die zunehmende Vielfalt internationaler Entwicklungen zu analysieren und somit für Orientierung in einer orientierungsbedürftigen Welt zu sorgen. Und auch die Politische Geographie kann und darf nicht zögern, ihr Wissen einzubringen. Denn gerade die Politische Geographie, die sich seit jeher den Wechselbeziehungen von Raum bzw. Territorium einerseits sowie Gesellschaft und Staat andererseits widmet, ist prädestiniert, in einer Welt, die von einer neuen Relevanz räumlicher Konflikte gekennzeichnet ist, für wissenschaftlich fundierte Orientierung zu sorgen.

Solche und ähnliche Äußerungen gehören zum *common sense* der mit dieser Thematik befaßten außen- und sicherheitspolitischen Beiträge – und es ist genau diese Sicht der Dinge, gegen die im folgenden angegangen wird. Wie könnte es auch anders sein auf einer Reise zu einer *ANDEREN* Geographie der Welt? Das Ziel dieser Reise besteht ja gerade *nicht* darin, die vermeintlich richtige, universell gültige und allumfassende Ordnung der »New World Disorder« (Anderson 1992) zu ermitteln. Es besteht im Gegenteil auch darin, Ordnungen in Frage zu stellen und die *EIGENEN* Denkschemata zu hinterfragen. Diese Reise möchte deutlich machen, daß »die Welt zu ordnen« immer auch bedeutet, die kontingente Wirklichkeit in eine ganz bestimmte Ordnung zu bringen. Und zwar in eine Ordnung, die vor dem Ordnen nicht bestanden hat. Und nicht zuletzt in eine Ordnung, die andere mögliche Ordnungen zwangsläufig ausschließt und andere Wahrheiten marginalisiert. Daher sollen die Ergebnisse der vorangegangenen Etappen – die geographische Wirklichkeit *ist* nicht, sondern wird im Zuge der Verortung von Objekten und Identitäten symbolisch (re-)konstruiert; Identitäten *sind* nicht, sondern werden in der permanenten Abgrenzung zum jeweils »Anderen« »erfunden« – nun zusammengeführt und auf den Kontext der Politischen Geographie angewendet werden. »Politische Geographie« ist dabei in demjenigen zweifachen Sinn zu verstehen, der im Rahmen der vorangegangenen Etappe bezogen auf die Geographie im allgemeinen skizziert wurde: zum einem als populärdisziplinierender (politisch-)geographischer Diskurs, der vom Klas-

senzimmer bis zum Kanzleramt auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Verhandlung von Wissen zum Tragen kommt; zum anderen als das disziplinär-disziplinierende Projekt der politisch-geographischen *scientific community*.

Zunächst zur Politischen Geographie im erstgenannten Sinn und damit wieder zurück zur einleitenden Skizze der globalen (Un-)Ordnung. Wird diese Skizze durch eine ANDERE Brille betrachtet, so drängen sich drei Bemerkungen auf. Erstens: *Wie interessant*, daß räumliche Konflikte eine neue Ordnungsrelevanz gewonnen haben! Zweitens: *Wie interessant*, daß die weltpolitischen Bruchlinien seit 1989 kultureller Art sind! Und drittens: *Wie interessant*, daß, wie Andrej Kosyrew schreibt, die Geopolitik an die Stelle der Ideologie tritt! Zwar mögen diese Bemerkungen auf einen ersten Blick harmlos klingen. Und doch vermag das auf den ersten Blick so harmlose »Wie interessant!« eine Wirkung zu entfalten, die der Soziologe Dirk Baecker folgendermaßen beschreibt:

»Ein Gläubiger kniet nieder und beginnt ein Gebet. Ein Intellektueller stellt sich neben ihn und sagt: ›Wie interessant! Weißt Du, daß andere Völker an ganz andere Götter glauben?‹ Wie kann der Gläubige, der an seinen Gott glaubt, darauf reagieren? Natürlich lehnt er die Zumutung eines Vergleichs ab, hält den Intellektuellen für einen Neunmalklugen und die anderen Völker für ungläubig. Aber in Wahrheit ist er bereits erschüttert. In Wahrheit hat ihn bereits eine Unruhe erfaßt. Wie kann er glauben, wenn andere anders glauben? Was kann er wissen, wenn andere anderes wissen? Wer ist sein Gott, wenn andere ihn nicht kennen? Wie weit reicht die Macht seines Gottes, wenn andere ungestraft ihren Götzen huldigen dürfen?« (Baecker 2000: 48).

Mit anderen Worten: Das »Wie interessant!« weist darauf hin, daß alles auch ganz anders sein könnte – was in bezug auf die drei Bemerkungen bedeutet, daß weder der Raum eine neue Relevanz gewonnen *hat*, noch die weltpolitischen Bruchlinien seit 1989 kultureller Art *sind*, noch die Geopolitik an die Stelle der Ideologie *tritt*; ja daß selbst die Rede von der *Wiederkehr der Geopolitik* mit Vorsicht zu genießen ist.

Diese Thesen sollen im folgenden nicht nur *theoretisch*, sondern auch *empirisch* untermauert werden. Letzteres stellt das Ziel des dritten Teilstücks dar und wird dort unter der Überschrift »Welt-Ordnung vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt« am Beispiel der

deutschen Türkei-Politik in die Tat umgesetzt. Die theoretische Untermauerung hingegen soll unter der Überschrift »Geopolitik^{revised}« im Rahmen des zweiten Teilstücks geleistet werden. Unter dieser Überschrift wird es gleichzeitig darum gehen, einen verunsichernden Blick auf die disziplinär-disziplinierende Politische Geographie zu werfen. Dabei wird es nötig sein, mindestens eine Differenz mehr zu bedenken, als es die Verunsicherung des populär-disziplinierenden Diskurses verlangt. Denn während die einleitende Skizze der aktuellen weltpolitischen Lage als politikwissenschaftlicher wie auch als (tages-) politischer Mainstream gelten kann, tun sich die Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Politischen Geographie immer noch schwer, die aktuelle (Un-)Ordnung der globalen Politik öffentlichkeitswirksam zu kommentieren.

Ihre Zurückhaltung erklärt sich aus der generellen Entwicklung der Teildisziplin seit 1945. Eine besondere Bedeutung kommt jedoch Carl Troll und Peter Schöller zu, die das Legitimationsproblem der Politischen Geographie, das aus deren Verflechtung in die Machtpolitik des Zweiten und Dritten Reiches resultierte (vgl. Kost 1988), auf eine ganz bestimmte Art und Weise zu lösen vermochten (vgl. Troll 1947; Schöller 1957, 1958): Es gelang ihnen, die »nationalsozialistische und pseudowissenschaftliche Geopolitik« von der Politischen Geographie zu trennen und als ursächlichen Sündenbock aller machtpolitischen Verfehlungen darzustellen (vgl. Sandner u. Oßenbrügge 1992; Sprengel 1996). Zwar wurde damit der Weg bereitet, auf dem die Politische Geographie als vermeintlich »saubere« und objektive Teildisziplin wiederbegründet werden konnte. Allerdings erwies sich dieser Weg insofern als Holzweg, als die (mit der verfemten Geopolitik assoziierte) internationale und globale Politik ausgeblendet und der politische Gehalt der Teildisziplin weitgehend negiert wurde (vgl. Sandner u. Oßenbrügge 1992).

In jüngerer Zeit hingegen mehren sich die Stimmen, die die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs in Frage stellen (etwa Kost 1997; Oßenbrügge 1993; Sandner 1993). Mit den Plädoyers für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Geopolitikbegriff geht oft der Aufruf einher, sich über das bisherige Maß hinaus an den internationalen politisch-geographischen Diskussionen zu beteiligen, die sich um ein besseres Verständnis der globalen Politik bemühen (vgl. etwa Oßenbrügge u. Sandner 1994). Und tatsächlich haben insbesondere die

Diskussionen innerhalb des angelsächsischen Kontexts gezeigt, daß eine Auseinandersetzung mit dem Geopolitikbegriff nicht zwangsläufig in Widerspruch zu einem kritischen und engagierten Wissenschaftsverständnis steht. Im Zuge der postmodernen/poststrukturalistischen Debatten entwickelte sich dort gegen Ende der 1980er Jahre der Ansatz der *critical geopolitics* – ein diskurs-»theoretisch«/dekonstruktivistisch geprägter Zugang zum Zusammenhang von Macht, Wissen und Räumlichkeit (vgl. etwa Dalby 1988; Ó Tuathail 1989), der mittlerweile auch Eingang in die deutschsprachige (Politische) Geographie gefunden hat (vgl. etwa Lossau 2000, 2001; Reuber 2000; Wolkersdorfer 2000). An ihm wird sich auch der im folgenden zu riskierende verunsichernde Blick orientieren. Dabei wird es wohlweislich nicht darum gehen, das Projekt der *critical geopolitics* detailliert zu beschreiben. Denn das würde bedeuten, es zu identifizieren, zu fixieren und auf den Punkt zu bringen. Statt dessen soll die theoretisch-praktische Möglichkeit genutzt werden, ihm auf die Spur zu kommen; d.h. die Inhalte der *critical geopolitics*, ganz im Sinne der *traveling theory*, als *work-in-progress* zu behandeln.

Doch freilich sind es nicht allein Arbeiten aus dem Bereich der *critical geopolitics*, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen. Insofern auch die bislang thematisierten Gedankengebäude wieder aufgriffen und weitergeführt werden, besteht diese Etappe aus einer »Vermischung« unterschiedlicher Diskurse. Damit verdankt sie sich den Techniken des »Zusammenbastelns« verschiedener Diskurse, denen eins gemeinsam ist: Sie alle möchten vermeintliche Sicherheiten verabschieden und gewohnte Sichtweisen »bis zur Kenntlichkeit« (Nassehi 1998: 159) entstellen. Auf dieser Grundlage sollte es gelingen, den Weg aus einer Denkfalle zu finden, in der sich die Rationalität der westlichen Moderne, sei sie nun (sozial-)wissenschaftlicher oder ganz »alltäglicher« Art, wohl zu fühlen scheint: der kultur-räumlichen Denkfalle, in der *wie selbstverständlich* davon ausgegangen wird, daß (National-)Kulturen nicht nur durch gesellschaftliche Gemeinschaft gekennzeichnet sind, sondern auch an ein bestimmtes Territorium, an einen »eigenen« und »eigentlichen« Raum gebunden sind. Und es sollte gelingen, die Forschungsstrategien einer Teildisziplin zu reformulieren, die sich nur sehr langsam von der Vorstellung zu verabschieden scheint, durch lautes Schweigen bezüglich (disziplin-)politisch heikler Fragen könne eine »politische Abstinenz« erzielt werden.

»Geopolitik« *revisited*: Eine erkenntnistheoretische Verunsicherung der Politischen Geographie

Während noch 1994 in der Wochenzeitung »DIE ZEIT« zu lesen war, daß »Geopolitik (...) in Deutschland ein Reiz- und Tabuwort geblieben« (Fritz-Vannahme 1994) sei, ist Geopolitik bis heute zu einem Zauberwort geworden. Denn mit dem Wort »Geopolitik« verhält es sich so wie mit allen Zauberwörtern: »Sie zaubern sich gerade das her, was gesagt werden soll« (Nassehi 1998: 152). Dies zeigt schon ein kurzer Blick auf die Karriere dieses Wortes: Es hatte seinen festen Platz im deutschen Sprachgebrauch nach 1945 insofern eingebüßt, als es nicht von der nationalsozialistischen Machtpolitik getrennt werden konnte, »ja gerade in diesem Kontext teilweise als genuin ›deutscher‹ Begriff wahrgenommen wurde« (Sprengel 1996: 16). So sollte es etwa vierzig Jahre dauern, bis es im »»Mittelalgen«-Palaver« (Wehler 1988: 176) des Historikerstreits eine erste und hauptsächlich nationalgeschichtlich geprägte Revitalisierung erfuhr. In Zeiten globaler (Un-) Ordnung hingegen scheint es die Möglichkeit zu eröffnen, die unterschiedlichsten Themen zu kommunizieren. Sei es die Legitimität militärischer Auslandseinsätze aufgrund *geopolitisch* motivierter »ethnischer Konflikte«, sei es die Notwendigkeit der Schaffung eines »Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten«, in dessen gedachter Mitte ein *geopolitisch* evidentes »Kerneuropa« (vgl. Lamers 1994) steht, oder sei es nach wie vor die Schicksalhaftigkeit »unserer« *geopolitisch* unhintergeharen »Mittelalgen«, die »uns«, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker schreibt, »nach 1914 in zwei Weltkriege geführt hat« (Weizsäcker 1992): die Legitimität, die Notwendigkeit oder die Schicksalhaftigkeit, zumindest aber die schiere Faktizität all dieser Sachverhalte kann mittels ihrer Ausweisung als »geopolitisch« herbeigezaubert werden.

Die Revitalisierung des Wortes ruft unterschiedliche Reaktionen hervor. Teils wird sie, gern auch in Organen der Neuen Rechten (vgl. etwa Weber 1992), mehr oder minder offen als »Normalisierung« gefeiert (vgl. Brill 1994; Zitelmann, Weißmann u. Großheim 1993); teils wird sie, wie schon von Hans-Ulrich Wehler (1988), scharf kritisiert. Meist aber wird sie nicht weiter problematisiert, sondern fraglos (re-)produziert. Eine besondere Reaktion legt schließlich ein Großteil der deutschen Geographinnen und Geographen an den Tag. Sie kann,

wenn auch verkürzt, mit der Parole »Hände weg von der Geopolitik!« charakterisiert werden. Denn die Problematik der Geopolitik wird im »Inneren« zwar wahrgenommen und problematisiert; was daraus aber nur selten erwächst, ist eine (wie auch immer geartete) »Außen«-Wirkung. Wer also annimmt, die deutsche Geographie – bis 1945 eng mit der klassischen deutschen Geopolitik verbunden und damit »eigentlich« Expertin in dieser Angelegenheit – würde sich bemüßigt sehen, zu der neuen globalen (Un-)Ordnung im allgemeinen und der Revitalisierung des Wortes »Geopolitik« im besonderen in öffentlichkeitswirksamer Art und Weise Stellung zu beziehen, sieht sich getäuscht. Zwar wird die generelle Zurückhaltung seit einigen Jahren mehr und mehr aufgegeben. Verwiesen sei hier nur auf diverse Fachtagungen und Sitzungen im Rahmen der letzten »Deutschen Geographentage«, die maßgeblich auf die Aktivitäten des 1995 gegründeten Arbeitskreises *Geopolitische Analysen* einerseits und des jüngeren Arbeitskreises *Politische Geographie* andererseits zurückgehen. Dennoch ist es weniger das komplexe Bild der jüngsten Zeit als dasjenige der sprachlosen bzw. »ein Kümmerdasein an den geographischen Instituten und Seminaren« (Kost 1997: 133) fristenden Politischen Geographie, das den Ausgangspunkt der folgenden *Verunsicherung* bilden wird. Und zwar nicht nur, weil abzuwarten bleibt, inwiefern die aktuellen fachinternen Diskussionen in der Lage sind, die Befindlichkeit der deutschen Politischen Geographie nachhaltig zu verbessern. Sonst insbesondere deshalb, weil es gerade diesen Diskussionen zu danken ist, daß der desolate Zustand der Teildisziplin verstärkt ins »geographische Bewußtsein« gerückt ist.

»Hände weg von der Geopolitik!« – Einige Bemerkungen zur Trennung von Politischer Geographie und Geopolitik

Die gewohnte Sichtweise, die im folgenden *verunsichert* und *bis zur Kenntlichkeit* entstellt werden soll (vgl. Nassehi 1998), ist diejenige eines Gegensatzes zwischen Politischer Geographie und Geopolitik, wie sie schon in der Zwischenkriegszeit von Carl Troll (1932) formuliert (vgl. Böhm 2000) und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kanonisiert wurde. Troll (1947) und später Schöller (1957, 1958, 1961) repräsentierten die »geopolitische Methode« als nationalsozialistisch und

pseudowissenschaftlich, um im Gegenzug die Politische Geographie insofern von Verfehlungen freisprechen zu können, als diese bis 1945 streng wissenschaftlich geblieben sei und daher nicht mit den Inhalten und Zielen der Geopolitik identifiziert werden könne. Es stellt sich jedoch die Frage, worin der Unterschied zwischen der »geopolitischen Methode« und den Methoden der Politischen Geographie »eigentlich« bestehen kann. Diese Frage stellt sich in zweierlei Hinsicht: Sie stellt sich zum einen in disziplingeschichtlicher Hinsicht, d.h. bezogen auf die pauschale Repräsentation der klassischen deutschen Geopolitik als geodeterministisch und der Politischen Geographie als »unschuldig«, weil streng wissenschaftlich geblieben. In dieser Hinsicht wäre präziser zu fragen, inwiefern eine solche Repräsentation zutreffend und vor dem Hintergrund der vermeintlichen strengen Wissenschaftlichkeit überhaupt zulässig war. Eine Lektüre der entsprechenden Literatur ergibt recht schnell, daß dies nicht der Fall war. Mehr noch: Diese Lektüre macht die Unhaltbarkeit des Bilds *der* geodeterministischen Geopolitik so schnell deutlich, daß es nur vor dem Hintergrund des großen kollektiven wie individuellen Legitimationsbedarfs verständlich werden kann, wie es überhaupt gezeichnet werden konnte. Denn es darf angenommen werden, daß sowohl Troll als auch Schöller die widersprüchlichen Diskussionen um das Selbstverständnis der deutschen Geopolitik kannten, über die der Geopolitiker Otto Maull rückblickend urteilte, daß man sich »über das ›Wesen der Geopolitik‹ nicht einig und eigentlich auch nie einig geworden sei« (Maull 1956: 29). In diesen Diskussionen ging es nicht zuletzt um die Frage nach der »Art der Beziehung zwischen Erd-Räumlichem und dem Anthropos, von der die Geopolitik auszugehen habe« (Sprengel 1996: 171). Demnach ist das Bild *der* geodeterministischen Geopolitik ebenso unzutreffend wie sein Spiegelbild: die von Verfehlungen freie, weil stets wissenschaftlich gebliebene Politische Geographie. Die Unhaltbarkeit der Behauptung, die Politische Geographie könne nur fälschlicherweise in Zusammenhang mit der Geopolitik gebracht werden, ist innerhalb der Geographie denn auch nachgewiesen worden und gehört seit der Dissertation von Klaus Kost (1988) zum geographischen Gemeinkunstgut.

Allerdings stellt sich die Frage nach dem Unterschied nicht nur in bezug auf die Zeit vor, sondern auch nach 1945. In dieser Hinsicht kann sie wie folgt präzisiert werden: Wodurch hat sich politisch-geo-

graphisches Arbeiten nach 1945 von geopolitischem Arbeiten unterscheiden können? Und zugespitzt: Kann es *überhaupt* einen Unterschied zwischen einer politisch-geographischen und einer geopolitischen Argumentation geben? Der Versuch, diese Frage zu beantworten, soll an jenen fachinternen Kriterien ansetzen, die seit Troll und Schöller für die Abgrenzung von der »geopolitischen Methode« diskursbestimmend geblieben sind. Vor dem Hintergrund dieser Kriterien – Pseudowissenschaftlichkeit und Geodeterminismus – hätte es, abstrakt formuliert, nur dann einen Unterschied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie geben können, wenn sich politisch-geographisches Arbeiten nach 1945 *strukturell* von der weithin geteilten Repräsentation der »geopolitischen Methode« unterschieden hätte. Anders ausgedrückt: Es hätte nur dann einen Unterschied geben können, wenn die politische Ordnung der Dinge hier nicht als unausweichlich, unverfügbar, unveränderlich oder schlicht hinzunehmend, sprich: als *natürlich* bedingt behandelt und wenn der politischen Gehalt auch des »eigenen« Diskurses anerkannt worden wäre. Denn der Vorwurf an die Geopolitik hätte in dieser Logik ja »eigentlich« darin bestehen müssen, daß die Anwendung »der geopolitischen Methode« insofern zu einer Entpolitisierung führen müsse, als wissenschaftliches Arbeiten dort – frei nach dem Diktum Nicholas Spykmans: »For geography does not argue. It simply is« (Spykman 1938: 236) – seines politischen Gehalts unter der Hand enthoben werde.

Eine solche »Politisierung« hat die deutsche Politischen Geographie, wie sie im Anschluß an Troll und Schöller wiederbegründet wurde, jedoch nicht vollzogen. Damit sei nicht behauptet, die politisch-geographischen Arbeiten hätten sich allesamt durch eine geodeterministische Argumentation ausgezeichnet und würden dies heute noch tun. Eine solche Behauptung wäre insofern absurd, als Schöller schon 1958 das »Ende einer Politischen Geographie ohne sozialgeographische Bindung« proklamiert hatte und es mit den Arbeiten Klaus-Achim Boeslers (Boesler 1969, 1974) zu einer Neugründung der Politischen Geographie auf der von Schöller geforderten Grundlage kam. Allerdings, und diese These wird im folgenden zu untermauern sein, konnte auch die Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Theorien nicht zu einer »Ent-Naturalisierung« und »Politisierung« politisch-geographischen Arbeitens führen – was zum einen dem Gegenstands- und Methodenverständnis des sozialwissenschaftlichen Mainstreams und zum

anderen dem Umstand geschuldet ist, daß das Erkenntnisinteresse der Politischen Geographie nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf den Raum (also auf die »Anpassungen« und »Wechselwirkungen« zwischen beiden Größen) gerichtet war.

In Anbetracht der Komplexität dieser These scheint es sinnvoll, sie Punkt für Punkt abzuarbeiten. Zunächst sei verdeutlicht, warum die Aufnahme sozialwissenschaftlicher Theorien die Politische Geographie nicht über diejenige Argumentationslogik hinausbringen konnte, die gemeinhin als »geopolitisch« gilt. Die Klärung dieser Frage führt an einen »Ort«, der aus geographischer Sicht nur selten mit sozialwissenschaftlicher Theoriebildung in Verbindung gebracht wird: *den Raum* oder, genauer gesagt, die geographische Ordnung der Wirklichkeit. Dort angekommen, wird deutlich, daß die geographische Wirklichkeit als gleichsam *natürliche* Ordnung der Dinge nicht expliziert wurde, sondern wie der legendäre Wald vor lauter Bäumen aus dem Blickfeld der Sozialwissenschaften geriet. Und doch lohnt es sich, die *hidden geography* des sozialwissenschaftlichen Mainstreams beim Namen zu nennen. Seine geographische Wirklichkeit war (und ist) in erster Linie die Wirklichkeit der nationalstaatlichen Containerräume: Die Welt konnte (und kann bis heute) kaum anders gesehen werden als zerfallen in nationalstaatliche *blocks of space* (Massey 1999); gesellschaftliche Ordnung konnte (und kann bis heute) kaum anders gedacht werden als nach dem Modell des Nationalstaats – eine Perspektive, die im Anschluß an Anthony Smith (1979: 191) als »methodologischer Nationalismus« bezeichnet werden kann.

Gleiches gilt für die auf sozialgeographischer Grundlage neu begründete Politische Geographie – mit *einem* Unterschied. Dieser Unterschied kann, um im Bild zu bleiben, folgendermaßen beschrieben werden: Während die Sozialwissenschaften »nur« deshalb in der »territorialen Falle« (Agnew 1994) sitzen, weil sie die Besonderheit dieser geographischen Wirklichkeit nicht *sehen* können, kann dies von der Politischen Geographie nicht behauptet werden. Denn letztere *sah* diese geographische Wirklichkeit durchaus; sie bestimmte sie aus disziplinpolitischen Gründen sogar zu ihrem Gegenstand. Damit »verwandelte« sich die Falle in einen Aussichtspunkt. Oder besser: Die Falle verwandelte sich in den Feldherrenhügel der Politischen Geographie, dessen Besonderheit und dessen politischer Voraussetzungs- und Folgenreichtum freilich auch ihr aus dem Blickfeld geraten sollte.

Es darf allerdings angenommen werden, daß, und auch dies unterscheidet eine Falle von einem Feldherrenhügel, letzteres gern in Kauf genommen wurde, wenn nicht sogar einen gewünschten Effekt darstellte. Denn schließlich ging es der Politischen Geographie nicht zuletzt darum, sich durch Objektivität und Wissenschaftlichkeit von der mit Machtpolitik assoziierten »geopolitischen Methode« zu distanzieren. So sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die Möglichkeit, »auch außen- und machtpolitische Fragestellungen in die Politische Geographie einzubeziehen« (Boesler 1974: 15), insofern ausgeklammert wurde, als befürchtet wurde, damit diejenige Demarkationslinie zu überschreiten, die die Politische Geographie (vermeintlich) von der Geopolitik trennte. Die darin *direkt* zum Ausdruck kommende Weigerung, sich mit Fragen von (Definitions-)Macht und Herrschaft auseinanderzusetzen, zeigt sich, wenngleich *indirekt*, auch auf der »Innenseite« der nationalstaatlichen Demarkationslinie: Dort sollten »erdoberflächliche Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster im Bereich staatlichen Handelns und die politischen Entscheidungsfindungen über Ziele und Instrumente, die sie bedingen« (ebd.: 13), objektiv analysiert werden. Mit diesem Programm wurde die Konflikthaftigkeit der gesellschaftlichen Aushandlung von Macht/Wissen fast vollständig ausgeblendet:

»With a few exceptions, the studies performed under this program did not question political type, instruments or aims. The existing conflict potential and the fundamental conflicts within postwar German society were almost completely excluded from empirical research« (Sandner u. Oßenbrügge 1992: 260).

Kurz: Das Erklimmen eines planungstechnokratischen Feldherrenhügels führte dazu, daß der politische Gehalt der Teildisziplin unter der Hand entsorgt und die Idee des »Staates als *natürlicher* Einheit der politischen Organisation« (Ó Tuathail 1987: 197; Hervorhebung JL) (re-)produziert und normalisiert wurde. Damit dürfte die oben aufgestellte These belegt sein. Denn die (Re-)Produktion der Idee des Staates als *natürlicher* Einheit der politischen Organisation bedeutet nichts anderes als eine Konzeptualisierung der politischen Ordnung gemäß der »geopolitischen Methode« – also als unausweichlich, unverfügbar, unveränderlich oder schlicht hinzunehmend, sprich: als *natürlich* bedingt. Es könnte jedoch eingewendet werden, daß die strukturelle Analogie von Politischer Geographie und Geopolitik damit (noch)

nicht bewiesen sei; daß sehr wohl ein Unterschied zwischen Politischer Geographie und Geopolitik existiere. Der Unterschied, so könnte weiter argumentiert werden, bestehe darin, daß die staatliche Ordnung in einer geopolitischen Argumentation als Folge geographischer Naturnotwendigkeiten erscheine, die die Politikerinnen und Politiker jeglicher Handlungsoptionen beraubten; wohingegen in der Politischen Geographie die nationalstaatliche Ordnung zwar unhinterfragt bleiben möge, aber deshalb noch lange nicht als *natürlich* begriffen werde.

Dieser Einwand liegt insofern nahe, als er mit einer ebenso alten wie populären Dichotomie zwischen natürlich Bedingtem einerseits und gesellschaftlich bzw. kulturell Bestimmtem andererseits operiert. Im Rahmen der entsprechenden Diskussion um die Unterscheidung zwischen *Natur* als der Gesamtheit des materiell Vorgefundenen und *Kultur* als dem menschlich Geschaffenen (so die bereits in der Antike formulierte Definition) können, wenn auch stark vereinfachend, zwei bis heute populäre Traditionen unterschieden werden (vgl. Hansen 1995). Die erste der beiden kann als »falsch oder zumindest einseitig verstandener Darwinismus bezeichnet werden (ebd.: 23). Zwar trug Darwins Lehre »eigentlich« dazu bei, die abendländische Philosophie von ihren metaphysischen Spekulationen zu befreien – kam sie doch ohne ein letztes, die Welt regierendes Prinzip aus, das »entweder Gott, Natur (Rousseau) oder Vernunft (Hegel) genannt wurde« (ebd.). Aber sie sollte in der Folgezeit zur Legitimation eines immer noch virulenten materialistischen und biologistischen Reduktionismus herangezogen werden, in dem kulturelle Phänomene lediglich als »schmückendes Beiwerk« betrachtet werden, das den essentiellen Einflußfaktor *Natur* nicht zu tangieren vermag. Diese Position wird gemeinhin als Heimat der »geopolitischen Methode« betrachtet – insbesondere auch von Vertreterinnen und Vertretern der zweiten Tradition.

Die zweite Tradition ist von solchem Reduktionismus weit entfernt. Ihre Ursprünge können in die Zeit der französischen Aufklärung zurückverfolgt werden, in der Jean-Jacques Rousseau den Grundstein für die kulturkritische Konvention legte (vgl. Hansen 1995). Die mit der kulturkritischen Konvention verbundene fundamentale Veränderung und Ausweitung des Naturbegriffs, auf deren Schultern die »uns heute noch geläufige, positiv besetzte Vorstellung der Natürlichkeit bzw. der Vorwurf des Unnatürlichen« (ebd.: 21) entstand, genießt bis heute große inner- wie außerwissenschaftliche Popularität:

»Für die Kulturkritiker umfaßte er [der Naturbegriff, JL] weit mehr als für die antiken Philosophen, die darunter bloße Materie und Biologie verstanden. Rousseau sah in der Natur bereits die sinnvolle Ordnung des ganzen Universums einschließlich der Menschheit angelegt und erblickte in ihr eine Art Vorprogrammierung für das Geistige, das Moralische und Vernünftige. Mit anderen Worten, Natur umfaßte neben Materie und Biologie auch denjenigen Bereich, der bis dahin der Kultur vorbehalten war. Kein Wunder, daß man jetzt mit Natürlichkeit auskam und auf Kultur wie Vernunft verzichten konnte. Durch die kulturkritische Argumentation ging (...) die Trennungsschärfe zwischen den Begriffen Natur und Kultur verloren, und der Naturbegriff wandelte sich zu einem Objekt metaphysischer Spekulation« (ebd.).

Es ist unschwer zu erkennen, daß der potentielle Einwand dieser zweiten Tradition angehört. Das charakteristische *ad unum vertere*, das »Denken des Einen«, ermöglicht es dem Einwand, sich durch den Verweis auf Kultur von »der geodeterministischen Geopolitik« abzusgrenzen – ohne zu reflektieren, daß ihm dasjenige, das seiner eigenen Auffassung nach dem Reich der Kultur angehört und damit der Gestaltung offensteht, längst zu Natur geronnen ist. Die diesem Denken zugrundeliegende synekdochale, d.h. einen Teilbegriff anstelle des Ganzen setzende Gedankenschleife kann, bezogen auf den Kontext der Politischen Geographie, mit Hilfe der folgenden Textstelle von Gerhard Hard verdeutlicht werden. Zu diesem Zweck braucht nur das Wort »Natur« (oder, gemäß der Empfehlung Hards, das Wort »Landschaft«) durch den »nationalstaatlichen Containerraum« der Politischen Geographie ersetzt zu werden:

»Von der ›Landschaft‹ der Geographen gilt ziemlich genau das, was Spaemann im ›Handbuch philosophischer Grundbegriffe‹ (Bd. 4: 958) von der alteuropäischen ›Natur‹ schreibt (man braucht nur ›Natur‹ und ›natürlich‹ durch ›Landschaft‹ und ›landschaftlich‹ zu ersetzen): In den genannten Gegensatzpaaren (Mensch-Natur, voluntas-natura usf.) ist deshalb der Begriff der Natur schon immer dialektisch in dem Sinne, daß er als das Mächtigere sein Gegenteil mit umgreift. Das Natürliche als solches ist das nicht vom Menschen Gemachte. Aber alles Gemachte ist auf näher zu bestimmende Weise auch natürlich. Alles Machen kann nur ein Verändern dessen sein, was schon ist. Und zwar so, daß es (das Machen und Verändern) sich der Struktur dessen, was ist, anpassen muß, da die hervorgebrachten Strukturen das zugrunde liegende und selbst

schon strukturierte Substrat zur bleibenden Voraussetzung haben« (Hard 1983: 142).

Die Raumbegriffe der Politischen Geographie (und allen voran der »nationalstaatliche Containerraum«) stellen also totalitäre Begriffe dar, die das staatliche Handeln *und* den staatlichen Raum, »also den Spieler *und* den Gegenspieler umfassen sollen« (ebd.) – und es bleibt festzuhalten, daß der theoretische Zugang der Politischen Geographie nach 1945 zwar *nicht* als geodeterministisch im »eigentlichen« Sinne bezeichnet werden kann, aber aufgrund der skizzierten Gedankenschleife denselben Effekt zeitigt. So müßte gegenüber dem potentiellen Einwand eingewendet werden, daß auch politisch-geographischem Arbeiten eine *naturalisierende* Argumentationslogik zugrunde liegt, die zwar bestimmt nicht »naturalisierender« ist als jene Logik, die er selbst mit der »geopolitischen Methode« assoziiert, aber eben auch nicht »weniger naturalisierend«.

Entgegen beiden Arten der Naturalisierung sei daran erinnert, daß die Rede von Natur immer nur die *Rede* von Natur sein kann, weil schlicht nichts gedacht werden kann, was *nicht mindestens noch durch seine Bezeichnung bedingt wäre* (Nassehi 1999: 355). Dies gilt zum einen in bezug auf denjenigen (Natur-)Raum, der gemeinhin mit der »geopolitischen Methode« assoziiert wird. Es gilt aber gleichermaßen für den gesellschaftlich und kulturell »gefütterten« nationalstaatlichen Container der Politischen Geographie. Denn auch die diesen Container bedingenden Evidenzen wurden nicht *ge-funden*, sondern insofern *er-funden*, als *alle* empirischen Evidenzen des nationalstaatlichen Containers ein Merkmal aufweisen, das Armin Nassehi (1997: 191) im Anschluß an Gilles Deleuze (1992) den »Makel jenes *Privilegs der Bezeichnung* vor der vermeintlichen empirischen Wahrheit« genannt hat.

Politische Geographie im Spiegel einer ANDEREN Geopolitik: Zwei Vorschläge

Spätestens mit der Dekonstruktion des potentiellen Einwands sollte deutlich geworden sein, warum es keinen strukturellen Unterschied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie geben kann: zum einen, weil das dazu notwendige Wesen der Geopolitik insofern nicht

bestimmt werden kann, als »Geopolitik« schon immer ein Zauberwort war (und bis heute geblieben ist); zum zweiten, weil auch die Politische Geographie – und zwar nicht nur die deutsche – vor und nach 1945 fest in eine imaginative Geographie eingelassen war (und bis heute eingelassen ist). Die Natürlichkeit dieser imaginativen Geographie aber kann nicht geringer sein als diejenige der geopolitischen Wirklichkeit. Es ist (erkenntnis-)theoretisch schlicht unmöglich, die für dieses Minus notwendige Existenz einer »besonders natürlichen«, extra-diskursiven Natur zu begründen. Eine solch »besonders natürliche« Natur kann lediglich *bezeichnet*, also als *Konstruktion* gesetzt – und dann freilich mit ontologischen Ehren versehen – werden.

Dies bedeutet umgekehrt, daß sich die Politische Geographie nur dann strukturell von ihrer »eigenen« Repräsentation der Geopolitik unterscheiden könnte, wenn sie die (auch von ihr selbst bemühte) Konstruktion einer natürlichen Natur als *Setzung* anerkennte – und nicht als extra-diskursiv und natürlich behandelte. Eine solche Anerkennung würde jedoch, so widersinnig dies klingen mag, zunächst einmal jene begriffliche Trennung von Natur einerseits und Kultur andererseits voraussetzen, die ihren »eigenen« Angaben zufolge »der geopolitischen Methode« zugrunde liegt, dort allerdings in einen kruden Materialismus verwandelt wird. Solange diese begriffliche Trennung nicht erreicht ist, erweckt die argumentative Dichotomisierung von »wissenschaftlicher« Politischer Geographie und »verwerflicher« Geopolitik vor allem *einen* Eindruck: den Eindruck, daß mit ihrer Hilfe die Verortung der vermeintlich essentialistischen Kategorien des »Eigenen« und »Anderen« in den Kontext der Disziplinpolitik übertragen wird. Anders ausgedrückt: Es darf angenommen werden, daß die Versuche einer solchen Trennung nichts anderes darstellen als die permanente »Ich-Erschaffung« einer vermeintlich unpolitischen Politischen Geographie im Spiegel ihres vermeintlich verwerflichen »Anderen« – der Geopolitik.

Wenn aber der Geopolitikbegriff der Politischen Geographie im wesentlichen die Aufgabe erfüllt (oder eben *nicht* erfüllt), als negative Identifikationsfolie zu dienen, dann scheinen zwei Vorschläge angebracht. Der erste dieser Vorschläge bezieht sich auf die Formulierung eines Begriffs von Geopolitik – und zwar eines Begriffs von Geopolitik, der nicht nur ANDERS ist als derjenige der Politischen Geographie, sondern der auch dazu dienen kann, die Revitalisierung des Zauber-

wortes »Geopolitik« auf eine theoretisch-praktisch angemessene und tragfähige Art und Weise zu fassen. So sei in Übereinstimmung mit den *critical geopolitics* (vgl. etwa Dalby 1990; Dodds 1993; Ó Tuathail u. Agnew 1992; Sharp 1996) angeregt, »Geopolitik« nicht länger als geodeterministische und pseudowissenschaftliche Prophetin einer vermeintlich naturgegebenen Wahrheit zu begreifen, sondern als eine je andere diskursive Praxis zu konzeptualisieren. Und zwar als eine Praxis, vermittels derer die vermeintlich natürliche Ordnung der internationalen Politik erst produziert wird und deren entscheidendes Moment in der Verortung der vermeintlich essentialistischen Kategorien des »Eigenen« und »Anderen« besteht – »its political function being to incorporate and regulate ›us‹ or ›the same‹ by distinguishing ›us‹ from ›them‹, the same from the ›other‹« (Dalby 1991: 274).

Geopolitik in diesem Sinn umfaßt nicht nur die welt-ordnenden Strategien, die von seiten der realistischen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler an den Tag gelegt werden – wobei das Adjektiv »realistisch« hier nicht im alltagssprachlichen Sinne gemeint ist, sondern für die gleichnamige Schule der Internationalen Beziehungen steht (vgl. Dalby 1991; Ó Tuathail 1999). Sie umfaßt vielmehr auch die objektivistischen Praktiken einer Politischen Geographie, die sich auf eine vermeintlich natürliche politische Ordnung bezieht und »vergißt«, daß diese Ordnung im Zuge der Verortung von Objekten und Identitäten erst produziert werden mußte. *Und sie umfaßt all jene ganz »all-täglichen« Strategien, im Rahmen derer die vermeintlich natürliche internationale Ordnung immer wieder aufs neue unhinterfragt (re-)produziert wird:*

»Geopolitics is not a discrete and relatively contained activity confined only to a small group of ›wise men‹ who speak in the language of classical geopolitics. Simply to describe a foreign-policy problem is to engage in geopolitics, for one is implicitly and tacitly normalizing a particular world. (...) Geopolitical reasoning begins at a very simple level and is a pervasive part of the practice of international politics« (Ó Tuathail u. Agnew 1992: 184).

Zwar mag dieser ANDERE Begriff von Geopolitik auf einen ersten Blick sehr weit gefaßt erscheinen. Doch es sei daran erinnert, daß das geographische Wissen aus einer ANDEREN Sicht nicht auf das disziplinär-disziplinierende Projekt der (Politischen) Geographie beschränkt ist.

Gleiches gilt für das geopolitische Wissen: Die mit ihm verbundenen Welt-Bilder kommen vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt auf unzähligen Ebenen zum Tragen und können – gemäß ihrem hauptsächlichen diskursiven Kontext – einer formal-wissenschaftlichen, einer praktisch-politischen und einer populär-medialen Geopolitik zugeordnet werden (vgl. Ó Tuathail 1999). Über dieser analytischen Unterscheidung sollte jedoch nicht aus dem Blick geraten, daß die objektivistische Logik des geopolitischen Denkens gleich welcher Art die Kontingenz der Wirklichkeit auf binär codierte geographische Abstraktionen reduziert (vgl. Ó Tuathail u. Agnew 1992).

Wird die aktuelle Revitalisierung des Wortes »Geopolitik« durch die Brille eines ANDEREN Geopolitikbegriffs betrachtet, dann erscheint verschiedenes, was zuvor *so und nicht anders* war, mit einem Mal *interessant*. Hierzu gehört an erster Stelle die weit verbreitete Rede von einer neuen Bedeutung des Raums. Denn es stellt sich die Frage, woher der Raum seine neue Relevanz überhaupt beziehen soll – war er als Basiskategorie der Repräsentation doch »immer schon« relevant. Die gleiche Frage stellt sich in bezug auf die postulierte neue Relevanz »räumlicher Konflikte« – wurden doch auch vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation (sic!) schon konflikthafte Hier-Dort-Polaritäten (re-)produziert. Vor diesem Hintergrund zeigt sich insbesondere in der Rede, derzufolge »die Geopolitik an die Stelle der Ideologie tritt«, derjenige fundamentale Mechanismus, der am Ende der zweiten Etappe thematisiert wurde und mit Pierre Bourdieu (1997: 93) als eine *heimliche Umkehr von Ursache und Wirkung* beschrieben werden kann – derjenige Mechanismus also, in dessen Zuge die (re-)produzierten und sichtbar gemachten Räume zur (ideologischen) Grundlage desjenigen Ordnungskriteriums gerinnen, mittels dessen sie selbst erst konstruiert wurden.

Wenn aber das »Neue« an der neuen globalen (Un-)Ordnung nicht in einer fundamental neuen Bedeutung des Raums oder »räumlicher Konflikte« bestehen kann, worin besteht es dann? Die These, die aus den bisherigen Reiseindrücken abgeleitet werden kann und im folgenden Teilstück auch empirisch untermauert werden soll, lautet wie folgt: Das Neue an der neuen globalen (Un-)Ordnung besteht in einer kognitiven Verschiebung des Welt-Ordnungskriteriums, und zwar weg von »Kommunismus vs. Kapitalismus« hin zu »kulturellen Unterschieden«. Die Betonung liegt hier auf »kognitiv«, denn es soll nicht

behauptet werden, die weltpolitischen Bruchlinien *seien* heute kultureller Art. Im Gegenteil: Die Rede von essentialistischen kulturellen Unterschieden kann nach der ersten Etappe dieser Reise bestenfalls *interessant* klingen. Hier wiederum liegt die Betonung auf »bestenfalls« – liegt es doch auf der Hand, daß kulturelle Unterschiede oder, besser gesagt, kulturelle Identitäten im Zuge dieser Umstellung zwangsläufig mit ontologischen Ehren ausgestattet werden – mit ontologischen Ehren, die auf ethnozentrischen Mustern kultureller Über bzw. Unterlegenheit aufbauen und die vor dem Hintergrund der hier vertretenen Gedankengebäude nicht haltbar sind. So kann festgehalten werden, daß aus ANDERER Sicht zwar keine Rede davon sein kann, daß die Geopolitik eine Revitalisierung erlebt, aber daß diese Rede auch nicht überraschen kann. Denn es ist die Vorsilbe »Geo«, die dem (gar nicht so) neuen Ordnungskriterium »kulturelle Unterschiede« in der Umkehrung von Ursache und Wirkung seine (gar nicht so) neuen ontologischen Ehren erst zu verleihen vermag. Mit anderen Worten: Geraade der Einsatz des Wortes »Geopolitik« vermag es, inmitten der neuen globalen (Un-)Ordnung jene gleichsam natürliche Ordnung und Orientierung zu etablieren, deren Verlust im Laufe der letzten zehn Jahre immer wieder beklagt worden ist.

Vor diesem Hintergrund soll der zweite Vorschlag unterbreitet werden. Er zielt darauf ab, das Gedankengebäude der *critical geopolitics* explizit mit den postkolonialen Projekten zu verbinden und damit die politisch-geographischen Forschungsstrategien zu reformulieren. Zu diesem Zweck sieht er eine ANDERE, eine dekonstruktivistische Form von Geopolitik vor: eine Form von Geopolitik, die die kulturellen Codierungen der aktuellen geopolitischen Diskurse radikal hinterfragt und jene (re-)produzierten Demarkationslinien aufspürt, die den Raum des »Eigenen« von dem der jeweils »Anderen« trennen. Diese ANDERE Geopolitik möchte dem Denken des »Eigenen« ein Denken von Differenzen entgegensetzen, das die Vielfältigkeit und Komplexität der jeweils »Anderen« ebenso anzuerkennen versucht, wie es die Homogenität des »Eigenen« in Frage zu stellen bereit ist. Damit wird sie ebenso zum Gegenstück der Geopolitik, wie der Postkolonialismus (hier ausnahmsweise im Singular) zum ANDEREN von (Neo-)Kolonialismus und Imperialismus geworden ist – zum ANDEREN von (Neo-)Kolonialismus und Imperialismus, »auf deren Begrenzungen er unablässig Bezug nimmt – ohne sie indes endgültig aufzuheben –, um sich

zu bezeichnen« (Hall 1997c: 219). Entsprechend *ist* eine ANDERE Geopolitik nicht. Sie findet lediglich »auf dem Rücken« bzw. in der Kritisierung ihres jeweiligen geopolitischen ANDEREN statt und möchte, wie Gearóid Ó Tuathail in bezug auf die *critical geopolitics* festhält, weder ein konsistentes Theoriegebäude darstellen noch als »intellektuelle Negation« der Geopolitik gelten:

»Critical geopolitics should not be understood as a general theory of geopolitics or an authoritative intellectual negation of it. As an approach that seeks to assert the irreducible textuality of ›geography‹ and ›geopolitics‹, critical geopolitics does not lend itself to the constative form; it is not an ›is‹ but, in the manner of deconstruction, it *takes place*. It is parasitical on that which it addresses, working within the con-textuality it explores to displace the infrastructure of geopolitics« (Ó Tuathail 1996: 68).

Sie kann daher im Anschluß an Michel de Certeau als eine *Taktik* bezeichnet werden, die im Gegensatz zu den *strategisch* operierenden geopolitischen Praktiken keinen »Ort voraus[setzt], der als etwas *Eigenes* umschrieben werden kann und der somit als Basis für die Organisation seiner Beziehungen zu einer bestimmten Außenwelt (...) dienen kann« (Certeau 1988: 23). Ihr (Spiel-)Raum wird immer wieder aufs neue erst durch den Ort ihres jeweiligen ANDEREN bestimmt, dessen Willen es zu »verändern (verführen, überreden, gebrauchen)« (ebd.: 25) gilt und den sie durch ihre jeweiligen Aktionen zu »stören« versucht – ohne ihn dabei »vollständig erfassen zu können und ohne ihn auf Distanz halten zu können« (ebd.: 23). Folglich versucht sie auch gar nicht erst, eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Geopolitik zu geben. In Anbetracht der Verschiedenheit der zu verstörenden Strategien kann ihr Ziel nämlich nicht in einer essentialisierenden Reduktion ihres ANDEREN bestehen. Ihr Ziel besteht im Gegenteil immer auch darin, auf die Kontextgebundenheit jeglichen geopolitischen Wissens, Denkens und Argumentierens zu verweisen.

Zwar dürfte sich die Anwendung einer solchen Taktik nicht nur mühsam gestalten, sondern auch als schmerzlich erweisen, da nicht zuletzt die EIGENE Beteiligung an den permanent stattfindenden Ausschlüssen »Anderer« deutlich würde. Aber dies sollte niemanden hindern, das Wagnis einer ANDEREN Geopolitik einzugehen. Denn es öffnet eine Möglichkeit, jenen fundamentalen Mechanismus zu unter-

brechen, der in der Abgrenzung von kulturell »Anderen« vermeintlich richtiges Wissen über das kulturell »Eigene« zu (re-)produzieren vermag.

Welt-Ordnung vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt: Das Beispiel der deutschen Türkei-Politik

Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,
Als ein Gespräch von Kriegs- und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.

Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus,
Und segnet Fried und Friedenszeiten.

(J. W. Goethe, *Faust, Der Tragödie erster Teil*)

Zwar wird es im folgenden nicht um dramatische Literatur von Welt-rang gehen. Dennoch bieten die Aussage des »anderen Bürgers« aus Goethes »Faust« und die ihr zugrundeliegende imaginative Geographie einen Vorgeschmack auf das geopolitische »Drama«, das im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen wird. Denn es ist die deutsche Türkei-Politik seit 1989, anhand derer der bisher abstrakt gebliebene Vorschlag einer ANDEREN Geopolitik in die Tat umgesetzt werden soll. Dabei mag nicht nur die Bezeichnung der deutschen Türkei-Politik als »Drama«, sondern auch ihre Wahl zum Anwendungsbeispiel einer postkolonial inspirierten Geopolitik verwundern – werden doch die Beziehungen zwischen beiden Staaten nur selten als kolonial, geschweige denn als *postkolonial* bezeichnet.

Hierzu ist zunächst festzuhalten, daß das Adjektiv »postkolonial« nicht zur Evaluation zwischenstaatlicher Beziehungen taugt. Anstatt also darüber zu streiten, ob die Beziehungen zwischen bestimmten Staaten nun »postkolonial«, »postkolonialer« oder »am postkolonialsten« sind, sei mit Peter Hulme dafür plädiert, das Adjektiv in konstativem Sinne auf den komplexen »Prozeß der Loslösung (disengagement) vom gesamten kolonialen Syndrom« (Hulme 1995: 120; Übersetzung JL) zu beziehen. Dann kann allerdings konstatiert werden,

daß *mangelnde Auseinandersetzung mit einer kolonialen Vergangenheit* nicht mit *mangelnder Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung* gleichzusetzen ist. Offensichtlich aber sieht sich die Bundesrepublik aufgrund des vergleichsweise »frühen« Endes des Kolonialismus und der vergleichsweise »geringen« kolonialen Besitztümer von einer kritischen Auseinandersetzung entbunden. Obwohl der Kolonialgedanke nach 1918 weiterbestand und »sich – trotz aller Unterschiede zwischen dem imperialistischen Gedanken von 1914 und dem völkischen Nationalsozialismus – in bezug auf die rassische Ideologie viele Gemeinsamkeiten feststellen [lassen]« (Schmitz 1998: 38), findet eine »Bewältigung« der Vergangenheit, mit welchem Erfolg auch immer, hauptsächlich hinsichtlich des Dritten Reiches statt.

Zwar ist diese »historische Amnesie« nicht auf das Verhältnis zur Türkei beschränkt (vgl. Schmitz 1998). Sie scheint aber in diesem speziellen Fall insofern intensiviert, als sich die deutschen Interessen am Osmanischen Reich, die letztlich auch territorialer Art waren (Henderson 1993), zu keiner Zeit in Territorialbesitz manifestieren konnten. So war und ist die offizielle Rhetorik durch das Bild traditionell guter und partnerschaftlicher Verbindungen geprägt, und die Beziehungen zwischen beiden Staaten stehen trotz episodisch auftretender Verstimmungen »für Völkerfreundschaft schlechthin« (Steinbach 1996a: 9). Aber auch wenn (oder gerade weil) die in diesem Bild zum Ausdruck kommende Nähe auf einen ersten Blick so gar nicht zu jenem dramatischen Welt-Bild passen möchte, in dem *hinten, weit, in der Türkei/Die Völker aufeinander schlagen*, wird diese Nähe im folgenden einem kritischen postkolonialen Blick ausgesetzt. Zugespitzt formuliert: Im folgenden wird ein »geopolitisches Drama« dekonstruiert, in dessen Verlauf kollektive Identitäten an vermeintlich natürliche »Standorte« gebunden und damit in einem nicht weiter zu begründenden, vermeintlich objektiven Raster von kultureller Fremdheit und Zugehörigkeit, von kultureller Unter- und Überlegenheit verortet werden.

Zur Beantwortung der Frage, wie dies konkret geschieht, wird auf die oben eingeführte Unterscheidung einer populär-medialen Geopolitik einerseits und einer praktisch-politischen Geopolitik andererseits zurückgegriffen. Zunächst soll die diskursive Festschreibung der Türkei durch den populär-medialen Expertendiskurs analysiert werden. Zu diesem Zweck werden insbesondere Texte von Udo Steinbach

(Deutsches Orient-Institut, Hamburg) und Bassam Tibi (Georg-Augustus-Universität, Göttingen) herangezogen. Auf die offizielle, die praktisch-politische (Geo-)Politik, in der sich die Verortungen des Expertendiskurses widerspiegeln, wird in einem zweiten Teil eingegangen. Dabei wird ein methodischer Zugang gewählt, der im Anschluß an Gearóid Ó Tuathail als Kon-Textanalyse bezeichnet werden kann: »(...) geopolitics in all its forms – whether subdivided into formal, practical, and popular culture variants or not – is best studied in its messy historical *con-textuality*« (Ó Tuathail 1996: 72; Hervorhebung JL). Diesem Zugang liegt die Überzeugung zugrunde, daß die jeweiligen geopolitischen Diskurse in unterschiedliche Kontexte eingebettet sind, die zwar »mitzudenken« sind, die sich aber insofern einer eindeutigen und objektiv richtigen Darstellung entziehen, als sie permanenten (Bedeutungs-)Verschiebungen unterliegen. Daraus ergibt sich, daß die folgenden Analysen weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Objektivität erheben können – und was viel wichtiger ist: dies nicht einmal möchten. Denn auch wenn (oder gerade weil) im folgenden der Versuch unternommen wird, dem *Paradox der Sichtbarkeit* zu entgehen, kann dies nicht dazu führen, etwas zu *sehen*, von dessen »Sichtbar-Machbarkeit« zuvor nicht ausgegangen worden wäre – können doch die verwendeten Textstellen auch in diesem Fall »nichts hergeben, was nicht in bestimmtem Sinne schon vorweg hineingegeben worden wäre: Das ist aber trivialerweise immer so und verdient kaum die aufgeregten Diskussionen, die sich bei solchen Gelegenheiten und hinsichtlich dieses Sachverhalts zu entzünden pflegen« (Hard 1983: 149).

Problematisch hingegen erscheint die Frage, ob eine kon-textorierte Analyse der deutschen Türkei-Politik nicht insofern zu unbefriedigenden Ergebnissen führt, als eine präzise Ausweisung der Wirkungsbereiche einzelner Machtformen zugunsten eines determinierenden Kulturbegriffs entfällt. Dies sollte in der Tat als ein ernstes Problem betrachtet werden. Allerdings verliert es seinen problematischen Charakter und wird zum bloßen Aspekt, wenn bedacht wird, daß »Kultur« auf dieser Reise nicht als der eifersüchtige Gegenbegriff von »Ökonomie« oder »Politik« betrachtet wird. So sei an dieser Stelle daran erinnert, daß sich der Kulturbegriff, der dieser Reise zugrunde liegt, als »Artikulationsterrain« (Bhabha 1996: 349) bzw. als *Zugang zu einer prinzipiell kontingennten Wirklichkeit* versteht. Vor dem Hin-

tergrund dieser Prämisse wird zusätzlich deutlich, warum es gar nicht das Ziel der folgenden Ausführungen sein kann, die Einflußsphären einzelner Macht- und Herrschaftsformen mit präzisen Demarkationslinien zu versehen: weil es präzise Demarkationslinien in Rahmen des nicht endenden Prozesses der Bedeutungsverschiebung, der Kultur ist, letztlich nicht geben kann.

Ganz ähnlich verhält es sich mit einem zweiten Aspekt. In seinem Mittelpunkt steht die Frage, ob eine kontextorientierte Analyse der deutschen Türkei-Politik nicht insofern als problematisch zu erachten ist, als sie es nicht vermeiden kann, kultur-räumliche Entitäten (allen voran »Deutschland« und »die Türkei«) zu fixieren und zu essentialisieren. Auch dies sollte als Problem betrachtet und ernst genommen werden – und sei es nur deshalb, weil die essentialistischen Abstraktionen, die in der deutschen Türkei-Politik (re-)produziert werden, in der Bundesrepublik durchaus umstritten sein mögen. Allerdings kann auch dieses Problem zum bloßen Aspekt zurückgeführt werden – dann nämlich, wenn daran erinnert wird, daß das Ziel einer ANDEREN Geopolitik ja gerade darin besteht, auf die kultur-räumliche Denkfalle hinzuweisen und sie somit überhaupt angreifbar zu machen. Vor diesem Hintergrund wird nicht nur deutlich, warum es sich bei den im folgenden vorzunehmenden Essentialisierungen lediglich um vorläufige, um taktische Essentialisierungen auf dem Weg hin zu einer Verstärkung der verschiedenen geopolitischen Strategien handeln kann. Es wird gleichermaßen deutlich, warum es nicht das Ziel sein kann, die verschiedenen Türkei-Bilder der deutschen Politik durch eine Abgleichung mit den türkischen »Selbst«-Bildern für objektiv richtig oder für objektiv falsch zu erklären – frei nach den Maximen: »Das sehen die Türken doch genauso« bzw. »Das sehen die Türken aber ganz anders!«

Schließlich sei kurz auf die Rahmenbedingungen der deutschen Türkei-Politik eingegangen: Vor dem Hintergrund der europäischen Integration hat sich die Bundesrepublik zwar grundsätzlich mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten abzustimmen. Sie verfolgt aber auch nationale Interessen. Da die deutschen Bemühungen, diese nationalen Interessen geltend zu machen, als erfolgreich bezeichnet werden können, hat eine Metapher an Popularität gewonnen, derzufolge »der Weg der Türkei nach Europa über Berlin« führt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21.7.1999). Der bisherige Verlauf dieses Weges kann wie folgt zusam-

mengefaßt werden: Seit 1963 ist die Türkei über ein Assoziationsabkommen mit dem europäischen Wirtschaftsraum (der damaligen EWG) verbunden. In diesem Abkommen wurde u.a. die Errichtung einer Zollunion vereinbart, die »eigentlich« spätestens im Jahr 1981 hätte verwirklicht sein sollen – in just jenem Jahr, in dem das Assoziationsverhältnis aufgrund der politischen Entwicklung in der Türkei von der Gemeinschaft bis auf weiteres eingefroren wurde (vgl. Bahadir 1997). Während es Ende 1995 schließlich doch noch zur Bildung einer Zollunion kam, lehnte der EG-Ministerrat den 1987 gestellten ersten Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft im Jahr 1989 ab. Auch im Rahmen der Verhandlungen um die Ost-Erweiterung der EU wurde der Türkei der Status einer Beitrittskandidatin zunächst verweigert, und die Entscheidung des Europäischen Rates vom 12./13. Dezember 1997 in Luxemburg, die Türkei nicht auf eine Ebene mit den Beitrittskandidaten zu stellen, ging »maßgeblich auf deutschen Einfluß zurück« (Jünnemann 1999: 17). Gleiches gilt, wenn auch im umgekehrten Sinn, für den im Dezember 1999 in Helsinki gefaßten Beschuß, in dem die Türkei schließlich doch zur Beitrittskandidatin erklärt wurde. Es darf angenommen werden, daß sich im Helsinki-Beschluß nicht zuletzt der deutsche Regierungswechsel vom Oktober 1998 widerspiegelt – unterscheiden sich die außenpolitischen Richtlinien der Schröder-Regierung doch von denjenigen der Kohl-Regierung. Diesem Umstand wird im folgenden denn auch Rechnung zu tragen sein. Allerdings sei bereits an dieser Stelle erwähnt, daß abzuwarten bleibt, ob dem *Regierungs-Wechsel* auch ein grundsätzlicher *Richtungs-Wechsel* folgt. Denn der »Weg der Türkei nach Europa« scheint durch den Helsinki-Beschluß zwar im weitesten Sinn »gangbar«, aber deshalb noch lange nicht »abgeschritten«. So erklärte etwa der amtierende Bundespräsident Johannes Rau im April 2000 anlässlich eines Staatsbesuchs in der Türkei, beide Seiten hätten noch »einen langen Weg vor sich, bevor der Beitritt Wirklichkeit wird« (Rau zit. in der Süddeutschen Zeitung vom 7.10. 2000).

Zur diskursiven Verortung der Türkei

»Wohin gehört die Türkei?« Die Frage nach dem Platz des Landes innerhalb der Staatenwelt beschäftigt die entsprechenden Expertinnen

und Experten in zunehmendem Maße. Zwar wurde auch während der Zeit der bipolaren Weltordnung zuweilen über die innere Verfaßtheit der Türkei und deren potentielle außenpolitische Konsequenzen spekuliert (vgl. etwa Steinbach 1979). An einer breiten Diskussion dieser Thematik schien jedoch angesichts der Dominanz des Feindbilds »Warschauer Pakt« weit weniger Interesse bestanden zu haben, als dies heute der Fall ist. So wurde die Türkei zumeist als »Südostflanke der NATO« repräsentiert, und ihre grundsätzliche Zugehörigkeit zum Westen galt schon aufgrund ihrer Mitgliedschaft in wichtigen Bündnissen und Organisationen (neben der NATO etwa der OSZE und dem Europarat) als hinreichend gesichert. Damit kommt in den Diskussionen um die Frage nach dem »Platz der Türkei« diejenige kognitive Verschiebung zum Ausdruck, die weiter oben als das »eigentlich« Neue der neuen globalen (Un-)Ordnung beschrieben wurde. An die Stelle der diskursbestimmenden Koordinaten Kommunismus und Kapitalismus sind zunehmend zivilisatorisch-kulturelle Unterscheidungen getreten, wie sie am medienwirksamsten von Samuel Huntington (1993) formuliert worden sind. Und auch wenn die Schicksalhaftigkeit der Thesen Huntingtons in Teilen der deutschen Öffentlichkeit kritisch beurteilt wird (vgl. Ehlers 1996), so ist doch auf die Frage nach dem Platz der Türkei zu hören, daß sie »je nach Betrachtungsweise zu verschiedenen Regionen« (Kramer 1996: 590) gehöre, »Teil mehrerer Kulturregionen« (ebd.) sei bzw. »an der Schnittstelle dreier geopolitischer Großräume mit jeweils eigener politischer und kultureller Dynamik« (Brill 1998: 114; vgl. auch Steinbach 1996a, 1996b) liege.

*Die »islamische Türkei« als Teil des Nahen Ostens
und des Mittelmeerraums*

So gilt die Türkei zum einen als Land des Nahen Ostens bzw. als »Schlüsselland deutscher Nahostpolitik« (Steinbach 1996b: 192). Zwar mag diese Verortung auf einen ersten Blick wertneutral erscheinen. Doch der Denotation des Nahen Ostens liegt ein nur selten hinterfragter eurozentrischer Orientierungsrahmen zugrunde, und auf konnotativer Ebene wird die Türkei damit zum Bestandteil einer Region erklärt, die als Metapher für die Bedrohung der westlichen Sicherheit gelten kann. Wendungen wie »nahöstliches Pulverfaß«, »nahöstlicher Krisenbogen« und »-herd« mögen dies veranschaulichen. Die »nahöstliche Bedrohung« hat in den letzten Jahren insofern noch an Drastik

gewonnenen, als »mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Diskussion der Frage, was Sicherheit ist und wann sie bedroht wird, eine Renaissance erlebt hat« (Jacobs u. Masala 1999: 29). Da diese *Neue Sicherheitspolitische Diskussion* zu einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs geführt hat, verlängerte sich auch der außenpolitische Sorgenkatalog in bezug auf den Nahen Osten: Die »traditionellen« Elemente der nah-östlichen Bedrohung wurden um die *Neuen Risiken* – wie etwa Bevölkerungsexpllosion, Massenmigration oder Umweltschäden – ergänzt (Krämer 1995). Aus diesen neuen, »weichen« Risiken wird eine unmittelbare Bedrohung für Europa im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen abgeleitet, so daß sich der sogenannte *Erweiterte Sicherheitsbegriff* in besonderem Maße geeignet erweist, »die fundamentale Bedrohung des Westens durch den Islamismus zu beschwören« (Ruf 1998: 230). Die Verortung der Türkei im Nahen Osten weist demnach eine religiös-kulturelle Codierung auf, und das »Fremde« bzw. »Andere«, vor dem es das »Eigene« zu schützen gilt, ist hier der islamische Fundamentalismus – »wenn nicht der Islam schlechthin« (Krämer 1995: 159).

Auch die Konstruktion der Türkei als Teil des Mittelmeerraums (Jünemann 1997, 1999) ist religiös-kulturell codiert. Denn die mit dem Nahen Osten verbundenen Sicherheitsrisiken werden zunehmend auch auf den »Krisenbogen Mittelmeer« projiziert:

»Historisch tief verwurzelte Entwicklungsdefizite (...), der ungelöste israelisch-arabische Konflikt, Auseinandersetzungen über Grenzen, zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege zwischen autoritären Regimen und islamischen Bewegungen bzw. Terrorgruppen, eine rasante Bevölkerungszunahme, mit der auch die größten wirtschaftlichen Wachstumsraten nicht mithalten könnten, die Gefahr der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen – all dies wird von politischen Beobachtern als der »*Krisenbogen Mittelmeer*« wahrgenommen, der vom Konflikt um die Westsahara bis zu den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen reiche und dessen Turbulenzen Europa unmittelbar berührten« (Schlotter 1999: 3; Hervorhebung JL).

Dabei stellt sich die Frage, ob die erklärende Aufzählung von Sicherheitsrisiken überhaupt noch erforderlich ist. Fast hat es den Anschein, als könne die neue Bedeutung des Mittelmeers bereits allein mittels griffiger Formeln aktiviert werden. Dies legen zumindest die Politik-

wissenschaftler Andreas Jacobs und Carlo Masala nahe, die – unter der Überschrift »Vom Mare Nostrum zum Mare Securum« – schreiben, daß das Mittelmeer »in ein Vorfeld transformiert werden [soll], von dem in absehbarer Zukunft keine Sicherheitsrisiken für die gesellschaftliche Eigenentwicklung der europäischen Staaten sowie der USA ausgehen« (Jacobs u. Masala 1999: 37).

Sei es also durch die Verortung im Nahen Osten oder sei es durch die Verortung im Mittelmeerraum: beide Diskursstränge repräsentieren die Türkei als Teil einer islamischen Welt und damit im- oder explizit als Teil eines islamischen Sicherheitsrisikos. Am deutlichsten kommt dies in denjenigen Textstellen zum Ausdruck, in denen das Land in einen direkten Zusammenhang mit bestimmten, als »besonders« islamisch bzw. fundamentalistisch geltenden Staaten gebracht wird. An die Namen dieser Staaten sind Assoziationen geknüpft, deren Wirkung diejenige des Nahen Ostens und des Mittelmeers noch übertrifft. Diese Namen fungieren als Schlag-Worte; ihre bloße Nennung vermag den Eindruck bedrohlicher Fremdheit noch zu verstärken. Als Musterbeispiel kann hier ein Zitat von Udo Steinbach gelten, demzufolge die innen- und außenpolitische Entwicklung der Türkei »aus dem Zusammenhang, der mit den Stichworten Iran und Algerien umrissen ist, nicht völlig herauszulösen [ist]« (Steinbach 1997b: 51).

Die »neo-osmanische Türkei« als Zentrum einer neuen Turkregion

Neben der »Raum gewordenen« Bedrohung des islamischen Fundamentalismus, wenn nicht des Islam schlechthin, wird die Türkei einem weiteren Großraum zugeordnet. Über diesen Großraum ist zu lesen, daß er nach dem Ende der Sowjetunion (wieder-)entstanden sei und sich »vom Balkan bis zur westchinesischen, von den Türken ›Ostturkestan‹ genannten Provinz Xingjiang« (Tibi 1998: 3) erstrecke. Zwar hat es zuweilen den ironischen Anschein, als werde dieser Großraum auch unter Expertinnen und Experten als *Fiktion* betrachtet – habe es doch eine Weile gedauert, »bis man im Westen realisierte, daß die fünfzig Millionen Nicht-Russen im Kaukasus, in Transkaspien und Mittelasien zu neunzig Prozent Türken und Muslime und darüber hinaus turksprachig sind« (Lerch 1993: 3). Dennoch kann mittels der Ausweisung dieses Raums als »türkisch« – die Türkei ist »mit dem Beginn der neunziger Jahre, im übertragenen Sinne, fünf Millionen Quadratkilometer größer geworden« (ebd.) – analog zur arabischen

Welt »von einer sich formierenden türkischen Welt« (Tibi 1998: 3) gesprochen werden. So schreibt etwa Bassam Tibi in gewollter oder ungewollter Anlehnung an Halford Mackinder (1904), daß man die ethnisch-kulturelle Bestimmung Zentralasiens als türkisch »in eine neue geopolitische Perspektive einordnen [könnte], die den Stellenwert des türkischen Kernlandes erhöht und die Entwestlichung der kemalistischen Türkei fördert« (Tibi 1998: 3).

In der Verortung der Türkei im Zentrum dieser Turkregion wird die religiös-kulturelle Codierung, wie sie der (Re-)Produktion der »islamischen Türkei« zugrunde liegt, um eine ethnisch-kulturelle Komponente ergänzt. Da jedoch in der Literatur darauf hingewiesen wird, daß die »Vision einer pantürkischen regionalen Größe« (ebd.: 4) nicht von einem stärkeren Einfluß des Islam zu trennen sei, ist die Unterscheidung dieser Codierungen eher analytischen Charakters. Durch ihre Kopplung aber wird die Türkei zum »Kernland« einer ebenso homogenen wie »entwestlichten« Entität erklärt. Die Assoziationen wiederum, die diese vermeintliche »Entwestlichung« hervorruft, scheinen durchgängig bedrohlichen Charakters. Zwar wird immer wieder konstatiert, daß die türkische Abkehr vom Westen bislang auf rhetorischen Populismus beschränkt sei. Doch lasse etwa »das öffentlich vorgetragene Argument, die Türkei müsse den Norden des Irak (...) unter anderem deswegen annexieren, da dort zwei Millionen (eine bewußt grob aufgeblähte Zahl) Turkmenen lebten, (...) andeutungsweise erkennen, was eine populistische Politik auf der Grundlage von ›Pan-‹Ideologien anrichten könnte« (Steinbach 1997a: 31). Und auch Bassam Tibi rät dem Westen, die »neue, auf alte Quellen zurückgreifende Vision einer pantürkischen Welt nicht zu unterschätzen« (Tibi 1998: 4). Solche Äußerungen legen nahe, daß es sich bei der Bedrohung, die mit dem Phänomen »Entwestlichung« assoziiert wird, um eine *selbstverständliche* Bedrohung handelt, die nicht weiter expliziert zu werden braucht, sondern schlicht und »selbstredend« ist. Eine Explikation wäre allerdings wünschenswert – würde sie doch ergeben, daß der historische (Pan-)Turkismus eben *auch* eine europäische Erfindung darstellt:

»Its origins went back to the work of European orientalists, such as the Frenchmen de Guignes and Cahun and the Hungarian Vambery, who had started to study the Turks of Central Asia in the nineteenth century, and to the influence

of Turks from the Russian Empire, notably the Tartars and the Azeris» (Zürcher 1998: 133).

Überdies fällt auf, daß in vielen Beiträgen, die sich mit der Türkei als Zentrum einer neuen Turkregion beschäftigen, recht sorglos mit den Begriffen des *Pan-Turkismus* einerseits und des *Neo-Osmanismus* andererseits umgegangen wird (für eine differenzierte Darstellung vgl. Adanir 1995: 9-21 oder Zürcher 1998: 131-137). Dies ist insofern problematisch, als es sich wohl nur aus einer solch oberflächlichen Sichtweise heraus von selbst »versteht (...), daß der Neo-Osmanismus, d.h. die Neubelebung des osmanischen Erbes, zwar nicht unbedingt eine Wiedergeburt des alten imperialistischen Expansionismus der Türkei sein wird (...)« (Tibi 1998: 5), aber dennoch dazu beitragen könne, »daß ein gewisses organisches, geopolitisches, kulturelles und ökonomisches Beziehungsgefüge entsteht, in dessen Rahmen die Turkvölker ihre Selbstfindung erreichen« (ebd.). Allerdings ist anzunehmen, daß beide Ideologien nicht von ungefähr vermengt werden – wobei diese Vermengung allerdings weniger auf das aktuelle, »neo-osmanische, megalomane Selbstbild« (ebd.) der Türkei als auf das »Fremd«-Bild des europäischen Blicks zurückzuführen sein dürfte. So sei an dieser Stelle mit dem Geographen Hans-Dietrich Schultz daran erinnert, daß es die westliche Frontbildung gegenüber den vorrückenden Osmanen war, die den Europabegriff seit dem späten 15. Jahrhundert popularisierte (vgl. Schultz 1999: 72).

Die »westliche Türkei« als Teil Europas?

Der dritte Raum, in dem die Türkei verortet wird, ist der europäische. Angeführt werden hier neben der »geographischen Evidenz« und der türkischen Mitgliedschaft in westlichen (Militär-)Organisationen hauptsächlich die wirtschaftlichen Beziehungen, deren Qualität immer wieder als hoch bezeichnet wird. Insbesondere durch die bereits erwähnte Ratifizierung der Vereinbarung über die Bildung einer Zollunion im Dezember 1995 sei die Bindung der Türkei an die Europäischen Union in ökonomischer Hinsicht gestärkt worden. Auch aus spezifisch deutscher Sicht wird die Wirtschaft in den Vordergrund gerückt, belegt Deutschland doch »seit 1980 sowohl bei den türkischen Exporten wie bei den Importen den ersten Platz« (Şen 1998: 45). Dennoch sind es nicht ausschließlich ökonomische Gründe, aufgrund de-

rer die Türkei auch als europäisch repräsentiert wird. So wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik »mit der Türkei durch über zwei Millionen von dort stammender Mitbürger unauflöslich verbunden [ist]« (Steinbach 1997a: 33).

In der Literatur sind jedoch kaum Stellen zu finden, die diese Verbindung nicht mit einem Fragezeichen versehen. Dies kann insofern nicht überraschen, als eine vollständige Verortung der Türkei in Europa durch diejenige im Nahen Osten ebenso unterminiert wird wie durch die Konstruktion der Türkei als Kernstaat einer neuen Turkregion. Alle drei Diskursstränge basieren auf einer binären Logik, die auf ebensolchen Gegensätzen beruht und letztlich auch die Türkei immer wieder aufs neue hervorbringt. Damit beantwortet sich letztlich die Frage nach dem Platz der Türkei in der internationalen Staatenwelt – wenn auch aus einer ANDEREN, einer postkolonialen Perspektive: Da sie weder im »eigenen« Raum verortet noch als vollkommen »anders« repräsentiert wird, befindet sie sich gleichsam zwischen essentialistischen Entitäten. Sie wird zu einer kultur-räumlichen Entität zwischen jeweils binären Oppositionen, einem hybriden Dazwischen, das sich zeitlich »zwischen Vergangenheit und Gegenwart« (Steinbach 1989: 40) und geographisch »zwischen Orient und Okzident« befindet.

Das diskursive Dreieck der deutschen Türkei-Politik

Die »Standortbestimmung« der Türkei zwischen »McWorld und Jihad« (in Anlehnung an eine Sektionssitzung des 50. Soziologiekongresses am 26.09.2000 in Köln), zwischen dem potentiell universellen Raum des »Eigenen« und dem der »Anderen«, die den Expertendiskurs seit 1989 in verstärktem Maße prägt, bleibt nicht ohne Entsprechungen im Bereich der praktisch-politischen Geopolitik. Dort wurde nach der letzten Bundestagswahl eine strategische Wende gegenüber der Türkei vollzogen, die sich nicht zuletzt in der Aufnahme der Türkei in die Riege der EU-Beitrittskandidatinnen und -Beitrittskandidaten widerspiegelt. Zwar ist »uns« die Türkei im Zuge dieser Wende näher gerückt. Aber dies sollte nicht vergessen machen, daß die deutsche Türkei-Politik schon vor 1998 vom Bild guter bilateraler Beziehungen geprägt war. Bereits in der Kohl-Ära war immer wieder zu hören, daß sich die Türkei »auf dem europäischen Hauptgleis« (Ploetz

1998) befindet. Damals wurde allerdings ebenso oft erklärt, warum dem türkischen Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der EU (noch) nicht stattgegeben werden könne. Neben den türkisch-griechischen Differenzen und dem Entwicklungsstand der türkischen Wirtschaft wurden dabei hauptsächlich Defizite in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte geltend gemacht. Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch den kosmetischen Gehalt dieser Defizit-Argumentation auf – hatte doch Helmut Kohl im März 1997 kategorisch festgestellt, »dass die Türkei nicht in die EU aufgenommen werden könne, weil das muslimische Land keinen Platz in der europäischen Zivilisation habe« bzw. »nicht dem christlichen Menschenbild der Union entspreche« (Kornerius 1999). Das darin zum Ausdruck kommende »offene Geheimnis« der Regierung Kohl hat seinen geheimnisvollen Charakter allerdings nicht erst im Dezember 1999 verloren, als sich CDU und CSU während einer Bundestagsdebatte zur Europapolitik öffentlich von der Türkei-Politik Helmut Kohls distanzierten (vgl. ebd.). Vielmehr ließ der ehemalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble bereits 1994 verlauten, daß der Türkei der Weg in die EU schon allein deshalb versperrt sei, weil sie nicht zum christlich-abendländischen Kulturregion gehöre (Süddeutsche Zeitung vom 9.5. 1994).

Solche und ähnliche Äußerungen scheinen seit dem Regierungswechsel vom Oktober 1998 aus dem rhetorischen Repertoire der Regierung gestrichen. Und so kann die türkeipolitische Wende als Ausdruck der divergenten Position der rot-grünen Regierung bezüglich des europäischen Integrationsprozesses gelesen werden – einer Position, die weniger von Phantasmen kultureller Reinheit denn von politisch-strategischen Überlegungen geprägt scheint. Allerdings stellt auch der strategische Blick auf die Türkei keine »Erfahrung« der amtierenden Regierung dar. Denn über den Zeitpunkt der Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittsländer sollte nicht vergessen werden, daß die strategische Bedeutung der Türkei für die »eigenen« Interessen auch vor 1998 schon hoch eingeschätzt wurde – wird doch die Türkei seit 1989 als potentielles, »geostrategisch« bedeutendes Verbindungs-element zu just jenen Regionen verhandelt, in denen sie (neben Europa) verortet ist. Aber nicht nur in Anbetracht dieses strategischen Kontinuums, dem letztlich das Bild eines »Brückenkopfs Türkei« zugrunde liegt, stellt sich die Frage, ob das Näher-Rücken der Türkei auch eine

Ankunft zur Folge hat. Wenngleich nämlich die offiziellen Verlautbarungen heute nicht mehr von Bemerkungen über die vermeintliche »Fremd«-Artigkeit einer »orientalischen Türkei« geprägt sind, so stehen der türkischen Ankunft in Europa nach wie vor Defizite in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte entgegen.

Nun sei hier nicht pauschal das Ende von Gleichheit und Freiheit beschworen, wie es der postmodernen/poststrukturalistischen Kritik im Anschluß an einen »modern« gelesenen Jean-François Lyotard (1979) immer wieder unterstellt wird. Vielmehr verlangt die Brisanz insbesondere der Menschenrechtsthematik, an dieser Stelle noch einmal an die besondere Normativität eines ANDEREN Blicks zu erinnern, wie sie zum Ende der ersten Etappe skizziert wurde. Dieser Blick sieht in der Diskussion um das Ausschlußkriterium »Menschenrechte« zweierlei: Er sieht zum einen das berechtigte Verlangen marginalisierter, diskriminierter und politisch verfolgter Menschen, gleiche Rechte einzuklagen. Aber er sieht gleichermaßen, daß der westliche Blick die ursprünglich mehrdeutigen Menschenrechtsbegriffe herrschaftsbedingt auf einen einzigen Begriff reduzieren konnte, dessen Allgemeinheit ein ebenso abstraktes wie weißes, männliches und besitzendes Individuum und damit die Abstraktion von jeglicher Besonderheit zugrunde liegt (vgl. Narr 1998). Die darin schon immer implizierte Ungleichheit und Unfreiheit wird auf dem »dunkle[n] Kontinent« (Mazower 2000) – der Autor schreibt nicht etwa über Afrika, sondern über »Europa im 20. Jahrhundert« – kaum wahrgenommen, sondern in einem Akt kultureller Arroganz auf das türkische »Andere« projiziert.

Daß die Logik dieses Schemas dem jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontext angepaßt wird und damit zwangsläufig doppelbödigen Charakter besitzt, zeigt etwa die deutsche Zurückhaltung bei der Verhandlung der Frage, ob die Vertreibung und Ermordung hunderttausender Armenierinnen und Armenier in der Endphase des Osmanischen Reiches als »Völkermord« zu bezeichnen ist oder nicht. Während die französische Nationalversammlung (wie zuvor schon die Parlamente in Italien und Griechenland) diese Frage Anfang 2001 bejaht hat, gibt es im deutschen Bundestag bislang »keine Bestrebungen, das Schicksal der Armenier zu behandeln« (Schlötzer 2001). Zwar steht etwa der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Karl Lamers auf dem Standpunkt, Frankreich habe ausgesprochen, »was alle

Europäer denken« (Lamers zit. ebd.). Dennoch will er das Thema »wegen unserer eigenen Vergangenheit und wegen der vielen Türken in unserem Land« (Lamers zit. ebd.) nicht auf die Tagesordnung setzen. Und wird umgekehrt bedacht, daß die französische Politik unter dem Eindruck eines nicht unbedeutenden armenischen Bevölkerungsanteils steht, so drängt sich der Verdacht auf, als sei auch das französische »Armenier-Gesetz« nicht von innenpolitischen Opportunitäten zu trennen – und dies um so mehr, als die Entscheidung für dieses Gesetz nicht lange vor den französischen Kommunalwahlen vom Frühjahr 2001 gefällt wurde.

Aber auch diesseits solcher Brüche haben die Projektionen zur Folge, daß, wie etwa im Rahmen der hitzigen Debatten um eine mögliche Lieferung von Kampfpanzern an die Türkei (vgl. Deutscher Bundestag 1999), Defizite ausschließlich auf türkischer Seite gesehen werden und die deutsche Politik den Charakter eines »Kreuzzugs für eine zivilisiertere Türkei« gewinnt. Dabei wird nicht nur übersehen, daß dieser Kreuzzug für die westliche Norm bisweilen mehr als fragwürdige Züge annimmt – erwähnt sei hier nur die *Modernisierung* der türkischen Strafvollzugsanstalten gemäß westlichen Standards; sprich u.a. den Bau von Dreier- und Einzelzellen, in denen Isolationshaft praktiziert werden kann. Es stellt sich auch die Frage, wann die Türkei das westliche Ideal, wenn überhaupt, erreichen kann, und es zeigt sich, daß ein Näher-Rücken nicht zwangsläufig eine Ankunft zur Folge hat. Gemessen am westlichen Maßstab blieb die türkische Modernisierung bis heute jedenfalls unvollständig, und der Ausschluß der Türkei ist logische Konsequenz geblieben.

Wenngleich die deutsche Türkei-Politik seit 1989 also durch eine Gleichzeitigkeit verschiedener und zunächst widersprüchlich erscheinender Strategien gekennzeichnet ist, sollte sie nicht als richtungslos interpretiert werden. Eine Politik, die sich, wenn auch mit unterschiedlichen strategischen Gewichtungen, in einem diskursiven Dreieck von rhetorischer Nähe, modernem Kreuzzug und okzidental Exklusion bewegt, korrespondiert mit der Verortung der Türkei zwischen dem »Eigenen« und dem »Anderen«. Vor dem Hintergrund einer exklusiven Identitätspolitik aber kann der Status des Dazwischen nicht einschließend wirken oder gar, wie dies das postkoloniale Konzept der Hybridität impliziert, zu einer Politik der Entgrenzung bzw. Dezentrierung führen (vgl. Bhabha 1997a, 1997b; Hall 1994). Diese (Geo-)

Politik bietet keinen Raum für kulturelle Entgrenzung. Oder besser: Sie kann keinen Raum für kulturelle Entgrenzung bieten, weil die »eigene« Identität nur in der Abgrenzung von scheinbar homogenen »Anderen« normalisiert und stabilisiert werden kann. Daher muß die Konstruktion des Dazwischen auf eine *negative, prekäre Hybridität* festgelegt werden, die ausschließlich im exklusiven Sinn mobilisiert wird und eine Aufnahme der Türkei in den Raum des »Eigenen« unterminiert. Vor dem Hintergrund einer binären Logik liegt es nämlich auf der Hand, daß *auf das Eine und »Eigentliche«* hingewendet werden muß; daß an einer Position des Dazwischen wenig »Eigentliches«, aber viel Unentscheidbares und Widersprüchliches zu finden ist; daß das Dazwischen als prekär, als chaotisch, als *vormodern* konzeptualisiert wird – so daß die Türkei letztlich als »fremd« ausgeschlossen wird. Folglich besteht auch nur wenig Bereitschaft, die vielen, widersprüchlichen Wirklichkeiten der in der Türkei lebenden Menschen »auszuhalten«. Gleiches gilt, was nicht vergessen werden sollte, für die komplexen Realitäten der in Deutschland lebenden türkischen Migrantinnen und Migranten. Und auch wenn Analogien und wechselseitige Einflüsse außen- und innenpolitischer Aspekte nicht das Thema dieser Analyse darstellen, so sei doch eine grundlegende Parallele angesprochen: die Parallele der Verortung in einem negativ konnotierten »Zwischenraum«.

Sie zeigt sich, wenn der Ort der Türkei, der sich zeitlich »zwischen Vergangenheit und Gegenwart« und geographisch »zwischen Orient und Okzident« befindet, mit dem Ort der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken verglichen wird. Letzterer kommt beispielhaft in einer Metapher zum Ausdruck, deren Karriere der Erziehungswissenschaftler Thomas Kunz nachgegangen ist (Kunz 2000). Kunz zeigt auf, daß das »Sitzen zwischen zwei Stühlen«, das die komplexen Realitäten der in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten auf eine binäre Formel reduziert, zu einem exponierten Moment in zeitgenössischen deutschen Schulbüchern avanciert ist und dort eine bildliche Vereinfachung gefunden hat. Diese Vereinfachung zeigt »»türkische Kinder zwischen zwei Stühlen« (ebd.: 235; Hervorhebung JL) – und es wird deutlich, daß es nicht zuletzt die in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken sind, die unter geopolitischen Strategien der Ausgrenzung zu leiden haben. Imaginative Demarkationslinien, oft metaphorisch als »die Mauern in unseren Köpfen« bezeich-

net, sind selbst mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung nicht vollständig zu überschreiten. So gelten die in der Bundesrepublik lebenden Türkinnen und Türken zumeist als Mitglieder einer »fremden Minderheit«, die nicht in die Oper gehen, sondern in die Moschee gehören (Şenocak 1993). Und auch die »Kinder der dritten Migrantengeneration wissen nach zehn Schuljahren, wie sie zu sein haben, um akzeptiert zu werden – als ›Fremde‹« (Kunz 2000: 252; Hervorhebung JL). Damit werden sie – ebenso wie die in der Türkei lebenden Menschen – implizit oder explizit vor eine fragwürdige Wahl gestellt: vor die Wahl zwischen der Assimilation bzw. Anpassung an eine vermeintlich homogene, »fremde« Modernität und der Rückkehr zur vermeintlichen Authentizität ethnischer oder religiöser Ursprünge. Daran konnte auch die 1999 verabschiedete »Modernisierung« des deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts aus dem Jahr 1913, innerhalb derer das Abstammungsrecht (*Jus sanguinis*) um Elemente des Territorialrechts (*Jus soli*) ergänzt wurde (vgl. Özdemir 1999), nur wenig ändern – und zwar nicht nur, weil die ursprünglich vorgesehene Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit infolge einer CDU/CSU-Unterschriftenkampagne auf »besondere Härtefälle« eingeschränkt wurde.

»The New World Disorder« – Zur (Un-)Möglichkeit einer ANDEREN Geopolitik

Abschließend sei der Frage nachgegangen, wie es in Anbetracht der bisher zurückgelegten Wegstrecken um die Möglichkeit/Unmöglichkeit einer Verwendung des Geopolitikbegriffs bestellt ist. Diese Frage stellt sich insofern, als, wie einleitend erwähnt, die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs auch innerhalb der Geographie mehr und mehr in Frage gestellt wird und nicht wenige der Beiträge durch einen affirmativen Gebrauch des Wortes »Geopolitik« (etwa im Sinne einer *geopolitischen* Lage, *geopolitischer* Bedingtheiten oder *geopolitischer* Interessen) gekennzeichnet sind. Ein unsystematischer Blick auf die entsprechende Literatur macht deutlich, daß es dabei zwischen zwei Richtungen zu unterscheiden gilt: Während sich das Gros der Beiträge durch eine mehr oder minder unbekümmerte Verwendung des Wortes »Geopolitik« auszeichnet, die jeder theoretischen und be-

grifflichen Reflexion zu entbehren scheint, zeichnet sich die zweite Richtung durch eine reflexiv-affirmative Bezugnahme auf einen *Begriff* von Geopolitik aus. So beschäftigt sich etwa der Arbeitskreis *Geopolitische Analysen* mit einer »Geopolitik modernen Typs«. Diese »moderne Geopolitik« wurde auf der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises als »angewandte Politische Geographie« definiert, »die das Ziel der Politikberatung zum Zweck der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt« (Stadelbauer zit. in Kost 1997: 144). Als beispielhaft für das Forschungsverständnis, das dieser zweiten Richtung zugrunde liegt, mag der Beitrag »Neue Ansätze der Politischen Geographie und Geopolitik« (Boesler 1997) gelten – wobei die Betonung insofern auf »beispielhaft« liegt, als es auf dieser Reise nicht um *individuelle Dispositionen*, sondern um *Diskurse* geht.

Der Beitrag widmet sich den Konsequenzen, die sich aus den veränderten politischen Tatsachen der jüngsten Zeit für eine »Neue Geopolitik« ergeben. In diesem Kontext wird konstatiert (und als potentiell unbefriedigend ausgewiesen), daß sich Politische Geographie einerseits und Geopolitik andererseits weit voneinander entfernt hätten:

»Seit einigen Jahrzehnten haben sich Politische Geographie und andere wissenschaftliche Disziplinen auf der einen und Geopolitik auf der anderen Seite in grundlegenden Fragestellungen weit voneinander entfernt. Diese Situation wird von einer ganzen Reihe Politischer Geographen als äußerst unbefriedigend angesehen« (ebd.: 310).

Diese Feststellung entbehrt vor dem Hintergrund der zurückgelegten Wegstrecke nicht einer gewissen Ironie – wurde doch weiter oben festgehalten, daß ein Unterschied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie nur dort bestehen kann, wo die vermeintliche Natürlichkeit der politisch-geographischen Wirklichkeit hinterfragt und zudem der politische Gehalt des »eigenen« Diskurses anerkannt wird. Beides scheint bei den Apologetinnen und Apologeten einer »neuen« oder »modernen Geopolitik« nicht der Fall zu sein. Zwar wird in dem genannten Aufsatz betont, daß »räumliche Faktoren nicht als Konstanten aufgefaßt werden können und damit der Zeitlichkeit, d.h. dem Wandel gesellschaftlicher Bewertungsprozesse, unterworfen sind« (ebd.). Dennoch kann der objektivistische Gestus, der auf einer naturalisierenden Betrachtung »geopolitischer Strukturen« basiert, letztlich

nicht überwunden werden. Dieser Gestus kommt etwa in der Behandlung der Frage nach der künftigen politischen Ordnung desjenigen Raums zum Ausdruck, »den die Geopolitik häufig als ›Zwischen-europa‹ bezeichnet hat und der von den Baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer reicht« (ebd.: 314). Aus der »Tatsache«, daß die betreffenden Länder ihrem »Selbstverständnis, ihrer Geschichte und ihrer Kultur nach (...) zweifelsfrei ein Teil des westlichen Europas [sind]« (ebd.), wird *wie selbstverständlich* abgeleitet, daß »die Öffnung von NATO und EU nach ›Zwischeneuropa‹ ein selbstverständlicher, geopolitisch begründeter Vorgang [ist]« (ebd.). Bei soviel argumentativer Selbstverständlichkeit kann es auch nicht weiter verwundern, daß einer kritischen Prüfung der politischen Wirkung des »eigenen« Arbeitens nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie sonst ist wohl die in Anlehnung an Huntingtons Kulturmörszenario formulierte Prognose zu erklären, derzu folge »regionale und lokale Konflikte (...) im internationalen Staatensystem durchaus wahrscheinlich [sind]« (ebd.: 313)?

Dieses Beispiel sollte die Schwierigkeiten aufgezeigt haben, die ein affirmativer Bezug auf »Geopolitik« mit sich bringt. Daher sei nicht nur im Hinblick auf die erstgenannte Richtung, sondern gerade auch im Hinblick auf die Verfechterinnen und Verfechter einer »neuen Geopolitik« empfohlen, den Geopolitikbegriff gemäß dem unterwegs gemachten Vorschlag lediglich im Sinne einer verstörenden, dissidenten und immer wieder ANDEREN Taktik zu verwenden. Mit anderen Worten: Es sei ausdrücklich empfohlen, lediglich auf eine Verstörung geopolitischer Strategien, nicht aber auf »Geopolitik an und für sich« (was immer das sein mag) abzuzielen – was letztlich bedeutet, alle konstativen oder gar affirmativen Verwendungen außen vor zu lassen. Dieses »Außen-vor-Lassen« mag den Eindruck erwecken, als feierte das »Hände-weg-von-der-Geopolitik!« der »Troll-Schöller-Linie« (Sprengel 1996: 19) fröhliche Urstände. Doch eine auf Pseudowissenschaftlichkeit und Geodeterminismus aufbauende Abgrenzungsstrategie kann nach der zurückliegenden Wegstrecke keine Option mehr darstellen. Zwar wäre eine solche Strategie in Zeiten, in denen etwa Heinz Brill »Geopolitik« als die Lehre »vom Einfluß des geographischen Raumes auf die Politik eines Staates« (Brill 1994: 21) definiert und nicht wenige von »jener teutonischen Begeisterung« (Sprengel 1996: 19) ergriffen sind, wieder von Geopolitik reden zu können, wohl

nicht einmal die Schlechteste. Aber die Ausführungen haben deutlich gemacht, daß eine strategische Abgrenzung mittels des Geodeterminismus nur Sinn in einem Denken hat, das auf dem Mythos der Zwei-Reiche-Lehre von der unverfügaren Natur und der frei gestaltbaren Kultur beruht. Und insofern dieser Mythos in einem **ANDEREN** Denken längst demystifiziert ist, gleicht das »Außen-vor-Lassen« den Argumenten von Troll und Schöller eben lediglich in formaler Hinsicht. In inhaltlicher Hinsicht hingegen umfaßt es auch diejenigen Strategien, die »bloß« verorten: diejenigen Strategien also, die, euphemistisch gewendet, »nichts weiter« tun, als vermeintlich essentialistische Identitäten buchstäblich an Ort und Stelle zu bringen und damit die vermeintlich natürliche Ordnung der geopolitischen Wirklichkeit zu (re-)produzieren. Denn bezüglich dieser Strategien gilt, was R.B.J. Walker in bezug auf die Theoriebildung auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen formuliert hat:

»Theories of international relations are more interesting as aspects of contemporary world politics that need to be explained than as explanations of contemporary world politics. As such, they may be read as a characteristic discourse of the modern state and as a constitutive practice whose effects can be traced in the remotest interstices of everyday life« (Walker 1993: 6).

Ganz im Sinne dieses Zitats sollte im Verlauf der Etappe deutlich geworden sein, daß es objektive Erkenntnis über die *eine* Politische Geographie der internationalen Ordnung ebensowenig geben kann wie diese *eine*, vermeintlich natürliche Politische Geographie selbst. Denn im Verlauf dieser Etappe konnte (über eine Dekonstruktion der Dichotomisierung von Politischer Geographie und Geopolitik) ein Vorschlag entwickelt werden, der auf einen **ANDEREN** Begriff von Geopolitik abzielt. »Geopolitik« in einem **ANDEREN** Sinne meint längst nicht nur die »geodeterministische« und »pseudowissenschaftliche« Prophetin einer vermeintlich naturgegebenen Wahrheit. Der Begriff bezeichnet eine (je andere) diskursive Praxis, mittels derer die vermeintlich natürliche Ordnung der internationalen Politik erst produziert wird – und folglich dekonstruiert werden kann. Daher wurde eine **ANDERE**, eine taktische Form von geopolitischer Praxis skizziert. Sie zielt darauf ab, die unterschiedlichen geopolitischen Strategien, seien sie nun (politisch-)geographischer, (sicherheits-)politischer, (po-

litik-)wissenschaftlicher oder »ganz alltäglicher« Art, als *self-fulfilling prophecies* zu entlarven. Damit zeigt sie auf, was für eine Teildisziplin, die sich *Politische Geographie* nennt, »eigentlich« selbstverständlich sein sollte: daß wissenschaftliches Sprechen – und dazu gehört auch lautes Schweigen – immer auch bedeutet, von einem bestimmten (politischen) Standpunkt aus zu argumentieren.

Folglich kann die »Flugbahn« dieser Etappe rückblickend betrachtet wohl am ehesten als eine beschrieben werden, die von der *Politischen Geographie* über eine ANDERE *Geopolitik zu einer politischen Geographie* führt. Das »kleine p« dieser politischen Geographie möchte auf zweierlei hinweisen: Zum einen möchte es die kleinen Unterschiede betonen, die – wie im Anschluß an Dominik Bloedner (1999) formuliert werden kann – einen Unterschied machen, und die es auch zwischen einer dem Identitätsdenken verhafteten Politischen Geographie einerseits und einer auf Differenz beruhenden politischen Geographie andererseits immer wieder aufs neue zu verhandeln gilt. Und zum anderen möchte es darauf verweisen, daß die Verortung von Objekten und Identitäten entlang den Demarkationslinien des »Eigenen« und »Anderen« nicht allein auf den Feldern der staatlichen oder internationalen Politik zu finden ist: *Jede* Ordnung von Objekten und Identitäten stellt letztlich eine imaginative Geographie dar, die auf spezifischen Ausschlüssen beruht.

Die hier vertretene politische Geographie macht nicht nur darauf aufmerksam, was es bedeuten kann, das Anbeten der einen, personifizierten Geographie und ihres alten Stammesgötzen zugunsten einer politisch-fiktionalen Praxis einzustellen. Sie gleicht auch jener politischen Geographie, die Bernd Belina, Ulrich Best, Dirk Gebhardt, Gesa Helms und Anke Strüver auf einer Tagung des Arbeitskreises *Politische Geographie* vorgestellt haben. Denn wie letztere ist sie an den Machtverhältnissen interessiert, die bei der (Re-)Produktion von Räumen zum Tragen kommen. Und wie letzterer geht es ihr »weniger um die Zugehörigkeit zu einer Subdisziplin (...) als vielmehr um das Eingreifen in aktuelle politische Debatten« (vgl. Reuber u. Wolkersdorfer 2001: 205) – ist doch die Produktion der geographischen Wirklichkeit nicht von Fragen nach Macht und Herrschaft zu trennen. So wird es das Ziel der folgenden (und letzten) Etappe sein, der *Dekonstruktion* des kultur-räumlichen Denkens eine *Rekonstruktion* folgen zu lassen. Mit anderen Worten: Das Ziel der nächsten Etappe besteht

darin, den fragmentierten Geographien der verschiedenen geopolitischen Strategien eine ANDERE und möglichst bessere Geographie der Welt entgegenzusetzen.

